

Im deutschen Reich.

Zeitschrift

des

Centralvereins

deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens



Inhalt:

Die Anstellung jüdischer Richter im Großherzogthum Hessen.
Ein Stück Mittelalter am Ende des 19. Jahrhunderts.
Sonst und jetzt.
Ruschan.
Korrespondenzen.
Vereinsnachrichten.
Briefkasten der Redaktion.
Gingefandt.
Anzeigen.

Abonnementspreis für Nicht-Vereinsmitglieder
pro Jahr: 3 Mk.

Verlag von Hannemanns Buchhandlung, Berlin SW., Friedrichstr. 208.

Inserate für die Zeitschrift „Im deutschen Reich“
werden in den Verlagsbuchhandlungen von Emil Billig Nachf., Linden-
Straße 53, und Hannemanns Buchhandlung, Berlin SW., Friedrichstr. 208,
sowie von sämtlichen Annoncen-Expeditionen entgegengenommen.

Insertionspreis: für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg.
für die zweispaltige Zeile 80 Pfg.

Verantwortlich für den Inseratenthell: Heinrich Sorwitz, Berlin.

Neuanfertigung eines Grave-Porträts od. einer Ansicht-Platte nur 20 Mk. extra.

A. Hildebrandt, Kunstverlag, Berlin W. 8

liefert wundervolle, theils in Radirung, theils in Kupfer-Gravure
ausgeführte

Menu-, Cabinet- und Post-Karten

Kaiserin Auguste Victoria-, Czar Nicolaus-, Kaiser Franz Joseph-,
Königin Victoria-, König Albert-, Prinzregent Luitpold-, Fürst
Bismarck-, Grossherzog von Baden- und andere Fürsten- und
Fürstinnen-Porträts, vor Allem aber

KAISER WILHELM - PORTRATS

in den Uniformen der verschiedenen Leibregimenter, theils von
Ludwig Noster, Hofporträtmaler Sr. Maj. des Kaisers und Königs.

Preise für

MENU-KARTEN	CABINET-KARTEN	POST-KARTEN
à Doppelkarte 50 Pf.	à Bild 60 Pf.	à Karte 25 Pf.
(Gross-Imperial-Format elegant gerahmt 50 Mk.)		

A. HILDEBRANDT, Kunstverlag, Berlin W. 8

Friedrich-Str. 170, Eingang Französische Str. 49a.

Menu-Karten-Lieferant für das Hotel des Herrn Kommerzienrath
Krupp in Essen.

Verlag der illustr. Zeitschriften

„Menu“, „Kunst-Export“, „Künstler-Postkarte“.

Neuanfertigung eines Grave-Porträts od. einer Ansicht-Platte nur 20 Mk. extra.

⚡ Aufforderung zum Abonnement ⚡

auf den zwanzigsten Jahrgang (1900) der

== Populär-wissenschaftl. Monatsblätter ==

zur Belehrung über das Judenthum für Gebildete aller Confessionen.
Organ des Mendelssohn-Vereins in Frankfurt a. M., begründet und
herausgegeben von Dr. Adolf Brüll, im Selbstverlag des Herausgebers,
Frankfurt a. M. ⚡ Abonnementspreis für den Jahrgang in 12 Heften
bei freier Zustellung 6 Mk. ⚡

Im deutschen Reich.

Zeitschrift

des

Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

— Erscheint zwölfmal im Jahre. —

V. Jahrg.

Berlin, Dezember 1899.

Nr. 12.

Die Anstellung jüdischer Richter im Großherzogthum Hessen.

Von Ludwig Fuld in Mainz.

Die Aeußerungen des hessischen Justizministers Dr. Dittmar bei seiner zeugeneidlichen Vernehmung vor der Strafkammer des Landgerichts Darmstadt haben, wie ja selbstverständlich, in der antisemitischen Presse einen lauten Jubel hervorgerufen, und Herr Dittmar ist mit einem Male der Liebling derjenigen Partei geworden, deren Bestrebungen der Vater seines Souveräns auf's schärfste verurtheilte. Herr Dittmar wird als das Muster und Ideal eines deutschen Justizministers hingestellt, und unverhüllt kommt das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß andere Justizminister, z. B. preussische und bayerische, nicht auf der Höhe staatsmännischer Einsicht des obersten Beamten der hessischen Justizverwaltung sich befinden. Wir gönnen Herrn Dittmar diesen Beifall von Herzen, er hat ihn durch seine Ausführungen vor der Darmstädter Strafkammer wohl oder übel verdient. Klipp und klar wurde von dem Minister die Nothwendigkeit anerkannt, bei der Anstellung von jüdischen Richtern, insbesondere Einzelrichtern, der antisemitischen Strömung und Stimmung der Gerichtseingesessenen Rechnung tragen zu müssen. Bisher haben wir geglaubt,

daß die Ernennung der richterlichen Beamten lediglich Sache des Landesherrn sei, der dabei auf Stimmungen der Bevölkerung keinerlei Rücksicht zu nehmen habe; der hessische Justizminister ist aber der gegentheiligen Ansicht. Er, vor allem berufen, die staatliche Autorität hochzuhalten und zu stärken, hält es für zulässig, eine Politik zu vertreten, welche als ein Zurückweichen der Staatsgewalt vor dem Antisemitismus zu kennzeichnen ist. Und das soll „s t a a t s m ä n n i s c h“ sein! Herr Dittmar sagt, daß das Ansehen des Richteramts darunter leide, wenn ein jüdischer Richter in einem Bezirk thätig sei, dessen antisemitisch gesinnte Einwohnerschaft ihm kein Vertrauen entgegenbringe. Weiß denn der hessische Justizminister nicht, daß in Preußen weit über 100 jüdische Amts- und Landrichter angestellt sind, und ist ihm unbekannt, daß dieselben zum Theil in Bezirken wirken, in welchen die Drachensaat des Antisemitismus ebenfalls auf fruchtbaren Boden gefallen ist? Ja, sogar in demjenigen Bezirk, der Herrn Ahlwardt zu seinem Vertreter für den Reichstag gewählt hat, fungiert schon seit Jahren ein jüdischer Amtsrichter, ohne daß dadurch irgend eine Störung in der Rechtspflege hervorgerufen wurde. Wer will also behaupten, daß das Ansehen des preussischen Richterthums und Richteramtes darunter gelitten habe, daß die preussische Justizverwaltung bei der Anstellung jüdischer Richter antisemitischen Velleitaten eine ausschlaggebende Bedeutung niemals beigemessen? Im Gegentheil, wirksamer kann der Staatsgedanke nicht gefördert werden als dadurch, daß der Staat seine Beamten mit gutem Erfolg aus allen Kreisen, auch aus seinen jüdischen Bürgern, entnimmt. Gemeinsame Arbeit jüdischer und christlicher Richter fördert die gegenseitige Achtung und damit die Achtung der Gerichtseingesessenen vor der Würde des Amtes. Das ist das Ergebnis preussischer Staatsraison. Die Konsequenzen der Anschauung des Herrn Dittmar aber müssen dahin führen, daß er auch einen katholischen Richter in einer protestantischen Gegend nicht anstellt, wenn er bei der Bevölkerung gegen einen katholischen Richter Mißtrauen vermuthet, oder umgekehrt von der Ernennung eines protestantischen Richters absteht, der in dem evangelischen Bund eine bedeutsame Thätigkeit entfaltet und durch diese der katholischen Bevölkerung mißliebig geworden ist. Natürlich wird der Minister diese Konsequenzen nicht ziehen, sie würden den Staat

in seine Bestandtheile auflösen. Wenn je ein Mann bei der katholischen Bevölkerung verhaßt war, so war es der ehemalige Vetter des Kultusministeriums in Preußen, Dr. Falk, und doch ist Falk zu einer Zeit, in welcher die Leidenschaften, die der Kulturkampf entfacht hatte, noch keineswegs erkaltet waren, zum Präsidenten des Oberlandesgerichts einer Provinz mit überwiegend streng katholischer Bevölkerung ernannt worden, und doch sind Unzuträglichkeiten hieraus nicht entstanden, hat das Ansehen des preussischen Richterthums nicht darunter gelitten. Wo bleibt also der Beweis für die Behauptung des Herrn Dittmar, daß die Thätigkeit eines jüdischen Richters in einer antisemitischen Gegend zu Nachtheilen für die Rechtspflege führe? Es bildet ein Ruhmesblatt in der preussischen Justizgeschichte, daß wenigstens in diesem Ressort der Staatsverwaltung die auf Anerkennung der Parität gegründeten Erfolge brandenburg-preussischer Staatskunst nicht vergessen sind, und wir zweifeln nicht, daß in dem Staate Friedrich's des Großen in Zukunft die Ideen des großen Königs immer weitere Verbreitung finden werden. Das preussische Justizministerium war gerade in den Zeiten der antisemitischen Hochfluth den Händen eines streng konservativen Mannes anvertraut, dem auch die Extremsten der Deutsch-Sozialen keinen Philosemitismus vorwerfen konnten; aber selbst dieser streng konservative Mann hat der antisemitischen Unterströmung sich nicht unterworfen. Sowohl Gerechtigkeitsfönn, wie politische Erwägung haben die preussische Justizverwaltung seit dem Bestehen des Gesetzes vom 3. Juli 1869 veranlaßt, die Anstellung jüdischer Richter und Notare nicht mehr zu verweigern, sie fährt mit solchen Anstellungen trotz aller antisemitischen Agitation, wenn auch in beschränktem Maße, fort und hat mit diesem ihrem gesetzmäßigen Verfahren gewiß keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Von Klagen über die Qualität und Geschäftsführung der jüdischen Richter ist ebenso wenig etwas bekannt geworden, wie von Widerseßlichkeiten der Bevölkerung gegen dieselben. Der heftige Herr Justizminister, der doch wohl Anspruch darauf erhebt, zu den „Liberaleu“ gerechnet zu werden, scheint dagegen ganz zu übersehen, daß der Staat die Aufgabe besitzt, die ir r e g e l e i t e t e öffentliche Meinung engerer und weiterer Kreise aufzuklären, und daß die erzieherische Funktion des Staates es erfordert, seiner

besseren Einsicht auch gegen die Stimmung der Bevölkerung Anerkennung zu verschaffen. Hält der Staat die antisemitische Bewegung für unberechtigt, so muß er einen an sich geeigneten Richter erst recht in einer Gegend mit antisemitisch gesinnter Bevölkerung anstellen, weil er dadurch in deutlichster Weise zu erkennen giebt, daß er jene Bewegung verurtheile und gewillt sei, sie zu bekämpfen. So haben die Aufgabe des Staates wenigstens die Männer aufgefaßt, welchen der Augenblickserfolg gleichgültig war, die aber dafür die ethische Wirksamkeit des Staates hoch veranschlagten. Herr Dittmar hat sich darauf berufen, daß grundsätzlich die Juden in Hessen nicht vom Richteramt ausgeschlossen seien; allein was will das bedeuten gegenüber der Thatsache, daß noch niemals ein Jude im hessischen Justizdienst angestellt wurde? Was nützt die Wahrung des Grundsatzes in theoretischer Form, wenn die praktische Rechtsübung damit nicht in Einklang steht? Herr Dittmar hat sich dagegen verwahrt, Antisemit zu sein, andererseits doch zugeben müssen, die ihm zugeschriebene Aeußerung, daß andere Staaten Hessen um sein judenfreies Richterthum beneideten, außeramtlich dem Sinne nach gethan zu haben. Nun sollte es allerdings ganz gleichgültig sein, ob Herr Dittmar als Privatmann antisemitische Gesinnungen hat oder nicht, aber leider beweist diese Aeußerung in Verbindung mit der thatsächlichen Amtsleitung klar, wessen sich die hessischen Juden von diesem Minister zu versehen haben, welcher auf die oberste Stelle der Justizverwaltung berufen, nach Grundsätzen regiert, deren Anhänger in der Theorie zu sein er verneint. Hält Herr Dittmar die jüdischen Richter in Preußen, Bayern und Baden für minderwerthig, weil er glaubt, daß diese Staaten mit Neid auf den Idealstaat Hessen-Darmstadt blicken? Meint er vielleicht, daß man es in Preußen zu bereuen habe, daß über 180 Juden — wir hoffen, daß Herr Dittmar darüber nicht erschrickt — im Richterdienste angestellt sind. Von einem „Beneiden“ könnte doch nur unter dieser Voraussetzung gesprochen werden. Nunmehr wird aber doch ein so scharfsinniger Jurist wie Minister Dittmar, nach allem, was bisher bekannt ist, nicht behaupten können noch wollen, daß die jüdischen Richter in den anderen Bundesstaaten in Ansehung praktischer Tüchtigkeit oder wissenschaftlichen Eifers oder endlich bezüglich der Charakterstärke hinter ihren christlichen Amtsgenossen zurückstehen.

Wenn Herr Dittmar weiter sagte, daß auch anderwärts christliche Richterkollegen sich über einen jüdischen Vorsitzenden beschweren würden, so dürfte auch dies noch zu beweisen sein. Das Gegentheil könnte ihm leicht nachgewiesen werden. Es ist das unbestrittene und unbestreitbare Recht des Landesherrn, Direktoren und Präsidenten der Kollegialgerichte zu ernennen; macht er von demselben Gebrauch, so haben die Richter, aus deren Mitte der Vorsitzende bestellt wird, zu gehorchen, und wir können ihnen kein Recht einräumen, sich darüber zu beschweren. Wie verträgt sich die Ansicht des Ministers mit der staatlichen Autorität und der Beamten- disziplin, die doch sonst so streng gewahrt werden sollen? Will Herr Dittmar auch den katholischen Mitgliedern eines Landgerichts ein Beschwerderecht gewähren, wenn ein Protestant zum Direktor oder Präsidient ernannt wird, der gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes agitiert hat? Wir wollen doch schließlich in Deutschland nicht dazu übergehen, gewisse ausländische Gepflogenheiten nachzuahmen, die zu einer Lockerung und Erschütterung der Beamten- disziplin führen müssen. Mit gleichem Recht könnten auch die christlichen Schöffen und Handelsrichter sich darüber beschweren, unter dem Vorsitz eines jüdischen Richters zu arbeiten. Auf diesem Wege kommen wir dann allerdings zu dem Standpunkt, den die „Staatsbürger-Zeitung“ vertritt, wenn sie in einer Besprechung der Dittmar'schen Zeugenaussage am Schluße sagt: „Wann endlich werden wir dazu gelangen, zu denken, wie der aus unserer Mitte hervorgegangene Bismarck, zu begreifen, daß ein Jude nicht geeignet ist, im Namen des Königs von Preußen Recht zu sprechen!“

In seiner programmatischen Erklärung hat der Minister betont, daß seit 50 Jahren noch nie ein jüdischer Richter in Hessen angestellt worden sei, und daß die Juden Hessens sich darüber nicht beschwert hätten. Diese Behauptung ist allerdings leider nur zu wahr und der in ihr enthaltene Vorwurf trifft die hessischen Juden mit vollem Recht. Man hat sich eben ein volles Menschenalter eine Behandlung gefallen lassen, welche bei jedem Juden, der sich nicht als der Schutzjude eines vergangenen Jahrhunderts ansieht, das Gefühl tiefster Empörung wachrufen muß, man hat die Nichtberücksichtigung der jüdischen Juristen bei der Besetzung der Richterstellen als etwas Selbstverständliches betrachtet. Es zeigt sich hier im Rahmen des

Kleinstaates derselbe Vorgang, der in der Geschichte der deutschen Juden und vielleicht der Juden überhaupt so oft beobachtet wird, wir haben uns zu lange zu viel gefallen lassen, wir haben uns nicht um die Vertheidigung unseres guten Rechts gerührt, wir sind nicht früh genug in den Kampf um's Recht eingetreten und haben es so verschuldet, daß man uns geradezu den Einwand einer Verjährung unserer Rechte entgegenzuhalten wagt. Die Erklärung des Herrn Dittmar hat die hessischen Juden aufgerüttelt, sie hat die Wirkung gehabt, daß jeder einzelne sie wie einen Peitschenhieb empfindet und entschlossen ist, sich an dem ihm aufgezwungenen Kampfe mit allen Kräften zu betheiligen. Dieser Kampf wird aber nicht beendet werden, bevor den hessischen Juden das gewährt ist, was ihren Glaubensgenossen in Preußen, Bayern, Baden und den übrigen Bundesstaaten längst nicht mehr verweigert wird. Ob es vom Standpunkte eines hessischen Staatsmannes klug ist, eine Politik zu verfolgen, welche die hessischen Juden zu nahe-
liegenden Vergleichen zwischen den Zuständen in Hessen und anderen Bundesstaaten veranlassen muß, kann und wird sich Minister Dittmar selbst beantworten. Jedenfalls aber müssen wir ihm aufrichtigen Dank dafür sagen, daß er es verstanden hat, die hessischen Juden aus ihrem bisherigen Schlummer zu erwecken, und dieser Dank ist ihm auch dann sicher, wenn er vielleicht eines Tages Veranlassung hat, die Justizriegel einer andern Hand zu übergeben. Minister und Ministerien kommen und gehen, unsere Zeit hat uns daran gewöhnt, auch mit dem Wechsel scheinbar feststehender Staatsmänner zu rechnen, ewigen Bestandes aber ist der Grundsatz, unter dem die hessischen Juden den Kampf um's Recht führen:

Justitia fundamentum regnorum.



Ein Stück Mittelalter am Ende des 19. Jahrhunderts.

Wenn in fremden Ländern unter Völkerschaften, die auf einer niedrigeren Kulturstufe stehen, die alte Ritualmord-Fabel von böswilligen Hezern wieder aufgefrischt wird, um den abergläubischen Pöbel gegen die Juden aufzureizen, oder jene Fabel von Mördern schlau benutzt wird; um sich selbst der für eine entsetzliche Bluttthat drohenden Strafe zu entziehen, dann wird wohl allgemein angenommen, daß ähnliches in der Mitte des deutschen Kulturvolkes heutzutage unmöglich sei. Für immer hält man hier durch die gesteigerte Volksbildung den Frevelwahn gebannt, der in der dunkelsten Zeit des Mittelalters auch in Deutschland durch die Märchen von Blutmorden und Brunnenvergiftungen zahllose unschuldige Juden in die Verbannung trieb oder ihnen nur die grausame Wahl zwischen Selbstmord oder Niedermetzelung ließ. Leider ist es aber eine Täuschung, die Wiederkehr eines Frevels für unmöglich zu halten, wie solcher in dem Fragment „Der Rabbi von Bacharach“ ergreifend von Heinrich Heine geschildert wurde, dessen hundertjähriger Geburtstag in Deutschland fast spurlos vorübergeht, weil man dem großen deutschen Dichter weder die jüdische Abstammung noch die beißende Kritik der politischen Verhältnisse seiner Zeit zu verzeihen vermag. Die Romantiker haben wieder die Oberhand; das Mittelalter mit seiner geistigen und körperlichen Unfreiheit wird wieder in allen Tonarten verherrlicht und die Aufklärung, welche bei dem Beginn des vorigen Jahrhunderts alte Vorurtheile und Vorrechte beseitigte, Wahn und Aberglauben verschwenkte und aus Knechten freie Menschen machte, wird verletzert. Das sterbende Jahrhundert hat wahrlich allen Grund, wie Goethe in der Scheidestunde, nach „mehr Licht!“ zu seufzen.

An die dunkeln Zeiten des Mittelalters, in welchem Bosheit und Dummheit im Bunde das Lebensglück so vieler unschuldiger Menschen vernichtete oder mindestens bedrohte, mahnt eine Begebenheit, die sich erst kürzlich in Westfalen zugetragen und nur deshalb keine traurigen Folgen gezeitigt hat, weil der zunächst Betroffene Energie genug besaß, sofort in richtiger Weise Abwehr zu üben, und ehrenwerthe Männer fand, welche sich nicht dazu erniedrigten, dem Werke der Bosheit Vorschub zu leisten. In **Bersmold**, einem kleinen Städtchen in dem westfälischen Kreise Halle, bauen die Juden eine Synagoge, wozu der Amtmann irthümlich aus eigener Machtvollkommenheit die Erlaubniß erteilt hatte, während die Erlaubniß zur Errichtung öffentlicher Gebäude von der Königlichen Regierung zu erteilen ist. Die Folge dieses Verfehens war, daß der Bau zeitweilig unterbrochen werden mußte und erst nach dem Eintreffen der nachträglich eingeforderten Erlaubniß fortgesetzt werden konnte. Während der zeitweiligen Unterbrechung wurde von unbekannter Seite die blödsinnige Behauptung verbreitet, die Juden könnten die Synagoge nicht weiter bauen, weil dazu Christenblut nöthig sei. Daß ein solcher Unsinn zeitweilig Glauben finden, daß die Absicht der böswilligen Urheber und Verbreiter des tollen Gerüchts vorübergehend erreicht werden konnte, dem allgemein geachteten jüdischen Besitzer eines größeren Waarenhauses großen geschäftlichen Schaden zuzufügen, ist tief beschämend. Erfreulich ist dabei immerhin, daß der Frevel keine schlimmeren Folgen hatte, weil selbst die vom Wahne Bethörten sich nicht zu Gewaltthätigkeiten hinreißen ließen, sondern von Vernünftigeren rechtzeitig eines Besseren belehrt wurden. Einer der Verbreiter des Gerüchts soll gefaßt sein, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß die von allen Bessergefinnten in Bersmold auf's schärfste verurtheilte Bosheit nicht unbestraft bleiben wird. Der Verlauf der Angelegenheit ist aber für die Art, wie die Judenfeinde unserer Zeit mittelalterlichen Wahn wieder heraufbeschwören, so charakteristisch, daß wir hier den in seiner Schlichtheit geradezu erschütternden Bericht des zunächst betroffenen Inhabers der Firma **Edward Bergfeld** im Wortlaut folgen lassen:

„Schon im September d. Js. erzählte man sich hier, auf unserer Landstraße würden junge Mädchen und Frauen angefallen

und belästigt. Von einem Schneidermeister Abrecht Loth aus Beckeloth bei Versmold erfuhr ich, daß seine Tochter und seine Schwiegertochter auf dem Wege von Borgholzhausen Bahnhof hierher angefallen worden seien. Besagter Herr erzählte mir, seine Kinder seien nur dadurch, daß die Tochter das Pferd stark angetrieben, vor Ueblem bewahrt worden. Frauen und Kinder in unserer Gegend wurden durch solche Vorkommnisse ängstlich gemacht und die ganze Bevölkerung beunruhigt. Unser Arbeiter, Friedrich Westermann, mußte am Dienstag, den 21. November, verkaufte Waare nach Aschendorf bei Bad Rothenfelde bringen und wurde nachmittags zur Bahn zum Abfahren und Fortschaffen von Waaren nach Station Borgholzhausen geschickt. Von dort kehrte er gegen 7 Uhr zurück. Nun fiel es meinem Bruder auf, daß W., als ob er etwas suche, im Hofe umherleuchtete. Da mein Bruder an die angezeigten Ueberfälle dachte, -fragte er den W., ob er ängstlich, bezw. ob ihm auf der Fahrt etwas passiert sei? Nun erzählte W. Folgendes: Als ich heute Morgen in Aschendorf nach dem Wege forschte, fragte mich die Röttersfrau Niebrügge, ob unser Geschäft überhaupt noch Waare verkaufe und ob denn noch Leute zu uns kämen. W., der schon von einem Gerücht gehört, es aber zu lächerlich gefunden hatte, um es seinem Herrn mitzutheilen, sagte in seiner einfach schlichten Art zu der Frau, es sei lauter Schwindel und fuhr weiter. In Borgholzhausen hatte ihm auch der Stationsvorsteher Rinne, in Gegenwart des hiesigen Bäckers Heinrich Schlotte, von nachstehendem Gerücht gesagt: Es säße in unserm Keller ein Jude mit langem schwarzen Barte und Brille, der mit einem langen Messer bewaffnet sei, um einen Christen zu schlachten, durch dessen Blut der Weiterbau der Synagoge gefördert werden solle. Er (W.) solle sich nur in Acht nehmen, daß man ihn nicht bei den Ohren kriege. Daß wir die Waare abfahren ließen, hätte jetzt keinen Zweck mehr, da wir doch nichts mehr los würden, und Frauen und Kinder zu ängstlich seien, besonders am Abend, zu uns zu kommen. In begreiflicher Aufregung theilte mein Bruder mir diese Erzählung direkt mit, und wir waren sofort entschlossen, energisch vorzugehen. Unser Hauspersonal, Dienstmädchen, Arbeitsfrau, wurden deshalb gefragt; sie wußten hiervon, und unserem Mädchen war gerathen worden, doch sofort wegzugehen. Nun ging ich zur Post und telegraphierte um 8 Uhr an Herrn Justizrath Boß in

Bielefeld. Durch die Liebenswürdigkeit meines Nachbarn, des Postverwalters Berghane, erhielt ich die Antwort noch um 9 Uhr. Herr B. hatte die Geschichte bereits am Viertische gehört, aber zu albern gefunden, um mir davon zu berichten. Mein Bruder ging zu Herrn Stadtverordneten = Vorsteher Richter, der von der Sache nichts wußte und wie aus allen Himmeln gefallen war, so etwas zu hören. Am Bußtage fuhr ich mit der Frühpost um 5 $\frac{1}{4}$ Uhr zu Herrn Justizrath. Auf dem Bahnhofe Borgholzhausen befragte ich den Postillon Carl Rahe, der auch von der Geschichte gehört hatte, doch in anderer Lesart. Wir hätten in unserem Laden eine Klappe (Ausdruck für Klappe, Fallthüre), durch die jemand bei dem Daraustreten fiel und dann von dem dahinter versteckten Juden geschlachtet würde. Dieses ganze Material unterbreitete ich dem Herrn Justizrath, der sehr lebhaftes Interesse zeigte und trotz des Feiertages mehrere Doppelbogen selbst aufschrieb, um solche schleunigst der Staatsanwaltschaft einzureichen. Mir lag sehr daran, daß von der Behörde rasch eingeschritten werde. Der Herr Justizrath glaubte, es sei vielleicht möglich, die Verwaltungsbehörde dafür zu interessieren, was ich denn auch that.

Ich will hier nicht unterlassen, mitzutheilen, daß unser Geschäft in letzter Zeit flauer ging, was wir jedoch der Witterung zugeschrieben hatten. Jetzt waren uns aber die Augen geöffnet. Bei der Nachrechnung stellte sich eine bedeutende Mindereinnahme gegen den November des vorigen Jahres heraus; auch konnten wir feststellen, daß wirklich in letzter Zeit sehr wenige Kinder und Frauen zu uns gekommen waren und daß es nach 8 Uhr fast nichts mehr zu thun gegeben hatte. Es sei mir gestattet, hierbei zu bemerken, daß wir hier das größte gemischte Waarenhaus am Platze haben, aber nie inserieren, auch keine schreierische Reklame machen, sondern unsere Kunden durch strengste Reellität heranzuziehen wissen.

Auf der Heimreise hörte ich noch durch die Postpassagiere von der großen Verbreitung des Gerüchts. Ich ging zu Herrn Rektor Kunz und bat denselben, den ihm bereits bekannten Fall doch gefälligst in der Schule aufzuklären. Dann hörte ich von dem Sohne des Bäckermeisters Feldmann, es sei ihm erzählt worden, aus unserem Keller, wo wir irdene Waaren zum Verkauf liegen

haben, sei bereits eine Frauensperson, als diese den ominösen Juden gesehen habe, Hilfe und Brand schreiend, in das gegenüber liegende Haus des Auktionators Stratmann geflüchtet. Sofort ging ich zu Herrn Stratmann, dem das Gerücht wie allen hiesigen Bewohnern zu Ohren gekommen war, der jedoch selbstredend diesen erdichteten Fall nicht kannte. Mit diesem Material ausgestattet, wollte ich zum Amte, als Herr Gärtner Funken mir noch berichtete, der Schneider Wilh. Gehring hier, der, nebenbei bemerkt, auch mein Schneider ist, habe in der Wirthschaft Witte, vormals Lippold, den Fall für verbürgt erzählt. Nunmehr ging ich zu dem Herrn Amtmann Grafhof, der noch nichts davon gehört hatte, höchst erstaunt und über das Verbreiten des Gerüchtes empört war. Ich bat ihn, 300 Mark von mir anzunehmen, welche für die Ausfindigmachung des Verbreiters ausgesetzt werden sollten, und ersuchte ihn auch, in amtlicher Form eine Bekanntmachung zu erlassen, die ich bezahlen wollte.

Der Herr Amtmann wollte, daß die Bekanntmachung von meiner Firma veröffentlicht werden solle, was ich ablehnte, damit die Angelegenheit nicht den Eindruck erwecken sollte, als wolle ich sie zur Geschäftsreklame verwenden. Ich sagte dem Herrn Amtmann Grafhof, daß, wenn er sich für unzuständig erkläre, in die Sache einzugreifen, ich sie dem Landrath, Herrn Grafen Korf-Schmiesing zu Thatenhausen, unterbreiten würde, was dem Herrn Amtmann recht war. Auf mein Telegramm an das Landrathsamt in Halle erhielt ich direkte Nachricht, daß der Herr Graf mich auf seinem Schlosse zu Thatenhausen um 4 Uhr Nachmittags empfangen wolle. Ich fuhr mit meinem Gespann hin, wurde in liebenswürdigster Weise empfangen, theilte dem Herrn Grafen den ganzen Vorfall mit und bemerkte, daß wir noch nie den Schutz der Behörde nachgesucht hätten, obgleich Ende der 80er und im Anfang der 90er Jahre uns Hammerstein, Kemp, Stöcker, Danneil u. s. w. auf den Hals geschickt worden seien. Jetzt wolle man uns nicht nur geschäftlich vernichten, sondern auch unseren tadellosen Ruf antasteten. Nur dies letztere sei es, wogegen ich mich zu schützen bitte. Mit den schärfsten Worten, als „Skandal für die Gegend“ und noch viel drastischer, drückte der Herr seinen Unmuth aus. Auf meinen Wunsch gab er sofort die Erlaubniß, daß die Polizeibehörde die Bekanntmachung in ihrem Namen erlassen solle,

und theilte dieses durch einen mir mitgegebenen Brief dem Herrn Amtmann mit. Beim Fortgehen wünschte mir der Herr Graf noch besten Erfolg und stellte mir in der Angelegenheit seinen Schutz zu jeder Zeit zur Verfügung.

Abends um 9 Uhr schrieb der Herr Amtmann Grafshof noch die Anzeige und sandte dieselbe in einem eingeschriebenen, per Eilboten zu bestellenden Brief an das „Haller Kreisblatt“ und am folgenden Tage wurde die Annonce veröffentlicht:

300 Mark Belohnung.

Der Kaufmann Bergfeld hier selbst hat für denjenigen, welcher ihm den Urheber des ebenso unwahren, wie böswilligen und unsinnigen Gerüchtes, betreffend den Neubau der hiesigen Synagoge, so zur Anzeige bringt, daß er ihn gerichtlich zur Verantwortung ziehen kann, eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. Die Summe von 300 Mark ist heute auf dem Amte hinterlegt worden.

Bersmold, 23. November 1899.

Die Polizeibehörde.

G r a f h o f, Amtmann.

Am Freitag brachte ich meine Vollmacht dem Herrn Justizrath Bock; am gleichen Tage (das „Haller Kreisblatt“ war hier noch nicht ausgetragen) wollte eine Kundin aus Greffen im Kreis Warendorf zu uns. Als sie bei einer Dampfdruckmaschine vorbeiging, wurde ihr von den dort beschäftigten Arbeitern zugerufen, „nicht zum Juden Bergfeld zugehen, da sie dort in eine Klippe fiele und geschlachtet würde“. Die Frau ließ sich aber nicht beirren, kam zu uns und erzählte den Vorfall. Selbstredend ist auch dieser Fall dem Herrn Justizrath Bock mitgetheilt worden.

Die Schulkinder der Bauernschaft Hesselteich bei Bersmold hatten von dem Gerücht Herrn Lehrer Rümker erzählt, der, wie er mir, als er am Donnerstag von Thatenhausen heim kam, sagte, bereits die Kinder über die Grundlosigkeit des Gerüchtes aufgeklärt hatte. Jetzt wolle er auch den Kindern noch sagen, daß ich den Klageweg beschritten habe. Beim katholischen Pfarrer, Herrn Pastor Tiemann, zu dem mein Bruder ging, hörte dieser, daß der Herr die Kinder soeben über die Auslegung des achten Gebotes unterrichtet und dabei die Angelegenheit gestreift, wobei er sehr aufmerksame Hörer gehabt habe. Sonntag unterbreitete ich die Sache dem „Zburger Kreisblatt“, wo dann nachfolgender Artikel erschienen ist:

Verzmold, 26. November. In den letzten Wochen hat sich aus Anlaß des Neubaus der Synagoge in Verzmold auch in Theilen der Sammtgemeinde Dissen ein ebenso nichtswürdiges wie lügenhaftes Gerücht verbreitet. Beim Beginn des Baues lag die Genehmigung der Regierung noch nicht vor, trotzdem war die Bauerlaubnis seitens der Ortspolizeibehörde erteilt worden. In Folge dessen wurde das Weiterführen des Baues, nachdem die Grundmauer bereits gestellt war, von der Regierung bis zum Eintreffen der von ihr zu erteilenden Erlaubnis verboten. Scharfliche Niedertracht hat dieses Vorkommniß dazu benützt, um im Volke den Wahn zu erregen und zu nähren, die Juden bedürften zum Weiterbauen Christenblut und könnten den Bau nicht eher fortsetzen, als bis dasselbe beschafft sei. Gegen diese niederträchtige Behauptung, die von gewissenloser Seite wider besseres Wissen verbreitet wurde, ist sofort, nachdem das Gerücht zu den Ohren der Betheiligten kam, energisch eingeschritten worden. Außerdem ist, wie aus dem Inseratentheil der Sonnabendnummer des „Haller Kreisblattes“ ersichtlich, eine Belohnung von 300 Mk. zur Feststellung des Urhebers des unsinnigen Gerüchtes der Behörde zur Verfügung gestellt. Hoffentlich gelingt es, den Urheber ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen. (Und das am Ende des 19. Jahrhunderts! Nun, wir glauben, daß unter den Einwohnern unserer Gemeinde und unseres Kreises doch verzweifelt wenige sind, die im Stande wären, solchen unsinnigen „Dönekens“ Glauben zu schenken! D. Red.)

Wir haben diesen Bericht nicht hinzuzufügen und wiederholen nur den Ausruf des westfälischen Redakteurs: „Und das am Ende des 19. Jahrhunderts!“



Sonst und jetzt.

Am Sonntag, den 15. Oktober d. J., befand sich eine größere Gesellschaft, Damen und Herren, Christen und Juden, erstere in weit überwiegender Mehrzahl, im Wartesaal zweiter Klasse in dem Bahnhof des von Darmstädtern besonders frequentierten Ausflugsorts Jugenheim i. d. Bergstraße. Kurz vor Abgang des Zuges verkündete der Bahnhofbedienstete, daß die mit Billets dritter Klasse versehenen Fahrgäste ersucht würden, sich in den Wartesaal dritter Klasse zu begeben. Als man sich über die ganz außergewöhnliche Maßregel wunderte, bemerkte der Bahnhofsbetreibende, daß ein Herr den Wunsch der Entfernung der betreffenden Fahrgäste aus dem Wartesaal zweiter Klasse geäußert hätte. Dieser Herr war der Telegraphendirektor und Lieutenant a. D. v. d. Mülbe aus Darmstadt. Als nun der Zug einfuhr und mehrere (nota bene christliche!) Passagiere in ein Abtheil dritter Klasse einstiegen, stellte sich besagter Herr hin und rief mit einer bezeichnenden Arm- bewegung ebenso geschmack- wie geistvoll: „Gott der Gerechte! Nun steigen sie doch alle dritter Klasse ein.“ Auf dem Bahnhof in Bickenbach, wo die Fahrgäste nach Darmstadt umsteigen mußten, konnte es derselbe Herr nicht unterlassen, seiner antisemitischen Gesinnung wieder Ausdruck zu geben, indem er laut rief: „Diese Bande verdammte, diese Judenbande, macht sich im Wartesaal zweiter Klasse breit und hat nur Billets dritter Klasse!“ Darauf wurde er von einem Mitreisenden in recht energischer Weise zur Rede gestellt. Wie wir hören, wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben, da der Herr Telegraphendirektor wegen Beleidigung verklagt ist. Trozdem der Vorfall durch die „Neuen Hessischen Volksblätter“, die „Frankfurter Zeitung“ u. a. Blätter bereits in weiteren Kreisen bekannt worden ist, verlautete bisher weder, daß sich der unhöfliche Beamte bei den von ihm für Jüdinnen ge-

haltenen Damen entschuldigte, noch in welcher Weise er für sein ungehöriges Betragen von der Oberpostdirektion zur Rechenenschaft gezogen wurde.

Was diesem scheinbar unbedeutenden Vorfall eine größere Bedeutung verleiht, ist die bedauerliche Wahrnehmung, daß sich in ihm diejenige Gesinnung wieder spiegelt, die leider in Hessen bei vielen Beamten gegenüber den Juden herrscht. Es ist zur Genüge bekannt, daß vielfach von Beamten den Antisemiten Heeresfolge geleistet wird. Der hessische Volkscharakter ist nicht entfernt so judenfeindlich, wie er wohl andermwärts allgemein beurtheilt wird. Den Beweis dafür hat der ganz erhebliche Rückgang der antisemitischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl geliefert. Nur einige wenige Bezirke halten noch heute zur Fahne des Antisemitismus. Was wohl der Grund sein mag, daß gerade in den Kreisen der Beamten solche antisemitische Gesinnungen vorhanden sind? Nun, wer die Verhandlungen, die vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts in der Beleidigungsklage des hessischen Justizministers gegen die „Frankfurter Zeitung“ mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der wird den Grund unschwer errathen. Der Herr Justizminister Dittmar ist nach seiner eigenen damaligen zeugeneidlichen Aussage kein Antisemit, aber er glaubt, daß Hessen um sein judenfreies Richterthum beneidet werden dürfe. Wer giebt des Räthfels Lösung? Jüdische Richter werden nicht angestellt, erstens, weil überhaupt n i e m a n d ein A n r e c h t auf Anstellung hat, zweitens, weil es ein Jude insbesondere nicht hat, denn — man achte darauf — das Ministerium kann nur „geeignete“ Herren anstellen; Juden waren aber trotz tabelloser Personalien nicht geeignet, weil sie eigenthümlicher Weise immer gerade nur für Stellen in angeblich antisemitischen Bezirken in Frage kamen, wo eben Juden etwa nicht wegen ihres Bekenntnisses, — denn das wäre ja verfassungswidrig, — sondern wegen „antisemitischer Bevölkerung“ nicht geeignet sind; in einem Orte sogar wegen des dort stehenden Offizierkorps! Wir überlassen es dem Herrn Justizminister selbst, sich aus diesem Labyrinth von Widersprüchen herauszufinden, aber das wird er wohl zugeben müssen, daß seine Ansichten gerade nicht dazu beigetragen haben, den Antisemitismus aus Hessen zu verbannen! — Wie wohlthuend und angenehm unterscheidet sich davon das Verhalten der Regierung des Jahres 1819. Als zu dieser

Zeit die — staatsmännisch so bezeichneten — „polizei-
widrigen Angriffe gegen die Juden“ stattfanden und ihnen
von allen Seiten das fürchterliche „Hepp, Hepp“ entgegentönte,
hat die damalige hessische Regierung folgenden Erlaß veröffentlicht:

„Eine schmerzliche Erfahrung hat gelehrt, daß die un-
würdigen und strafbaren Unternehmungen, welche sich der
Pöbel in einem deutschen Orte gegen die Rechtsicherheit
der Israeliten erlaubt hat, als ein ansteckendes Beispiel
auch auf andere deutsche Orte zu wirken vermöchten, so
wenig man auch dieses in einem Zeitalter hätte erwarten
sollen, in welchem man mit Aufklärung so gerne zu
prunken pflegt.

In dem Umfange des Großherzogthums haben zwar
bisher nur wenige und unbedeutende Unordnungen dieser
Art stattgefunden, und bei den stattgefundenen hat man
die angenehme Bemerkung zu machen Gelegenheit gehabt,
daß kein solider, rechtlicher Bürger und kein achtbarer
Familienvater Antheil genommen hat. Es bleibt
aber immer heilige Pflicht der höchsten
Staatsregierung, durch kräftige Maß-
regeln dem ferneren Entstehen aller
solcher Unordnungen vorzubeugen und
dadurch den Schutz der Rechte zu be-
währen, auf welchen jeder Angehörige
des Staates, ohne Unterschied der Re-
ligion und des Standes, gleichen An-
spruch hat. Aus dieser Rücksicht haben Se. Königl.
Hoheit der Großherzog, gnädigst zu verordnen geruht,
daß in Zukunft für jeden Schaden, welcher den Israeliten
bei Zusammenrottungen und Ausläufen zugefügt werden
würde, die Gemeinden, — vorbehaltlich ihres Rück-
griffes gegen die Schuldigen — verantwortlich sein sollen.

Indem man diese allerhöchste Entschließung hierdurch
zur Kenntniß des Publikums bringt, bemerkt man zugleich,
daß man auch ferner darauf vorzüglich rechnet, daß die
Familienväter fortfahren werden, ihre Hausangehörigen,
Kinder, Untergebene und Dienstboten auf das Unver-
nünftige und Verächtliche solcher Aus-

brüche des Hasses oder eines gefährlichen Muthwillens aufmerksam zu machen, und man glaubt, daß der vernünftiger Theil des Publikums in jener Entschliezung ein kräftiges Mittel zur Unterstützung der häuslichen Zucht erkennen werde, indem nunmehr auch der Unbefangenste begreifen lernen wird, daß die nachtheiligen Folgen der Störung der öffentlichen Ordnung nicht die ausgewählten Opfer treffen, sondern vielmehr auf ihn selbst und auf diejenigen zurückfallen werden, mit welchen es innig verbunden ist!“ —

Wir haben diesen Erlaß, der vom 4. September 1819 datirt ist, hier wörtlich wiedergegeben, damit man daraus erkenne, von welcher Humanität und Toleranz die damalige Regierung beseelt war, zu einer Zeit, wo die Juden noch nicht vollberechtigte Staatsbürger waren, und wie energisch sie alle Angriffe auf ihre israelitischen Staatsangehörigen zu verhindern mußte.

H.



Umschau.

Die letzten Tage des Jahres erwecken diesmal besonders ernste Gedanken, weil man das herannahende Ende des Jahrhunderts nicht in derselben hoffnungsfreudigen Stimmung begrüßen kann, mit welcher der Anfang des 19. Jahrhunderts jeden erfüllte, der sich für Freiheit, Aufklärung und Recht begeisterte. Die von dem jüdischen Freidenker Spinoza zuerst vertretenen Grundsätze der Gedankenfreiheit und Duldsamkeit, welche später von den französischen Aufklärungs-Philosophen in gemeinverständlicher Weise weiter verbreitet worden waren, hatten auch im deutschen Volke eine unbezwingliche Sehnsucht nach Gedanken- und Gewissensfreiheit geweckt. Die Erklärung der Menschenrechte hatte den Knechtsinn gebannt und weithin die Ideale der Gleichheit und Brüderlichkeit erstrahlen lassen; die von Jean Jacques Rousseau mit überzeugender Kraft gepredigte Rückkehr zur Natur und zu einer vernunftgemäßen Erziehung hatte in Deutschland die geistvollsten Interpreten gefunden. In weiten Kreisen des Reiches zeigte sich deshalb bei dem Beginn des 19. Jahrhunderts frische Werbelust, freudiger Thatendrang, selbstverleugnender Gemein Sinn und verständnißvolle Duldung fremder Anschauungen, und darin lag die Bürgerschaft für jene großen Kulturfortschritte, welche von da ab erzielt wurden. Die letzten drei Decennien dieses Jahrhunderts ließen aber einen weiteren Aufschwung vermissen. Wohl schuf der Menscheng Geist rastlos weiter und zeitigte besonders auf technischem Gebiete Errungenschaften von hohem Werthe, aber mit dem materiellen Gewinn dieser Fortschritte waren vielfach eine bedauerliche Steigerung der Eifersucht und eine schädliche Unterschätzung der Herzensbildung verbunden. Um Einzelnes zu verbessern und im Kleinen Großes zu leisten, verlor man vielfach den Nutzen des Ganzen aus dem Auge; die Spezialisten verdrängten auf vielen Gebieten die hochstrebenden Männer der univ ersellen Bildung. Je mehr die materialistische Richtung die Gemüther beeinflusste, desto mehr mußte auch in den Augen vieler die Unabhängigkeit im Denken und Handeln ihren Werth verlieren und der Einzelne bei dem sich beständig verschärfenden Kampf um's Dasein den Beistand der Gesamtheit suchen. Eine rastlose Jagd nach Gewinn und Genuß, ungesundem Streberthum, gefühllose Rücksichtslosigkeit und gedankenlose Vermengung von Politik und Religion nahmen überhand, störten vielfach nicht nur die Lebensfreude der Einzelnen, sondern auch den

inneren Frieden der Gesamtbevölkerung und wirkten in kulturfeindlichem Sinne.

Unter solchen trüben Verhältnissen wuchs der Antisemitismus empor, jener Geist, welcher an einem der größten Kulturfortschritte des Jahrhunderts, der gesetzlichen Gleichstellung der deutschen Bürger der verschiedensten religiösen Bekenntnisse ein Verger-niß nahm und deshalb alle Hebel in Bewegung setzte, um das Rad der Zeit wieder rückwärts zu drehen. Die von bedeutenden Staatsmännern für wichtige politische Zwecke geförderte Spaltung der Bevölkerung in viele Interessengruppen kam den Plänen jener Dunkel-männer zu statten. Diesen konnte es auch nicht schwer fallen, viele mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Unzufriedene über die Ursachen ihrer Bedrängnisse zu täuschen und sie gegen die plötzlich auf den verschiedensten Gebieten zu strebsamen Mitbewerbern gewordenen Angehörigen der jüdischen Minderheit aufzuwiegeln, die in ihrer früheren Rechtlosigkeit nirgends hatte unbequem werden können. Wo aber diese Minderheit auch bedrängt wurde, verlor sie niemals weder den Muth noch die dankbare Anhänglichkeit an das Vaterland, welches sie wenigstens dem Gesetze nach zu Vollbürgern gemacht hatte. Wo die Juden wegen ihrer Abstammung oder wegen ihres religiösen Bekennt-nisses gemieden oder zurückgesetzt wurden, lernten sie erst recht jene Güter wieder schätzen, welche während einer tausendjährigen Knechtschaft ihnen über alles Leid hinweggeholfen und in späteren milderen Zeiten sie vor Uebermuth und Ausschreitungen bewahrt hatten. Ohne Aussicht auf staatliche Begünstigung oder Erlangung irgend-welcher Vorrechte durch einflussreiche Verbindungen konnten sie freiheitsliebend bleiben und in bescheidener Zurückhaltung Selbst-bewußtsein und Unabhängigkeitsinn pflegen. Von gehässigen Be-urtheilern und wachsamem Feinden umgeben, waren sie zur Selbsterkenntniß und zu einer heilsamen Selbstzucht gezwungen, so daß in ihrer Mitte die Fehltritte immer seltener wurden. Sogar die von den Antisemiten in vielen Fällen systematisch erzwungene gesellschaftliche Boykottierung, welche von den Juden oft sehr schmerz-lich empfunden wurde, gereichte ihnen selten zum Nachtheile, denn sie wurden meistens dadurch zu verdoppeltem Eifer in ihrer beruflichen Thätigkeit, zur liebevollsten Pflege des Familienlebens und der Geistes- und Herzensbildung veranlaßt und von manchen gedankenlosen Zer-streuungen abgezogen. So kam es, daß der Antisemitismus den so ungerecht bedrohten deutschen Juden kaum mehr Schaden zufügte als denen, welchen jene seltsamen Volksbeglucker den Sinn für wahre Menschen-

liebe, Gleichheit und Freiheit zu rauben suchen, indem sie ihnen beständig die Rückkehr zu den mühsam überwundenen rohen Anschauungen des Mittelalters als das einzige Mittel zur Erlangung der Wohlfahrt anpreisen. Die Vernichtung der Gleichstellung der Juden ist den Antisemiten ja nur das Mittel, dahin zu gelangen, alle übrigen freiheitlichen Errungenschaften zu zertrümmern; hinter dem religiösen Fanatismus und dem Chauvinismus verbirgt sich der Schildknappe der Reaktion! Wo der Antisemit übermüthig die Maske lüftet, verräth er sein letztes Ziel durch triumphierende Aeußerungen, wie z. B. diejenige des Verbandsvorsitzenden Böckler in der Hauptversammlung des Brandenburgischen Provinzial-Verbands der deutsch-sozialen Reformpartei: „Völlig bankrott ist namentlich die freisinnige Partei, die nur noch durch die Berliner Judenpresse gehalten wird!“

Um so verwunderlicher ist es, daß, während die Antisemiten völlig zielbewußt mit der Vernichtung der Emanzipation den Kulturfortschritt zu vernichten suchen, freisinnige Politiker nicht einsehen, daß der Liberalismus Selbstmord begeht, wenn er, seinen Prinzipien untreu sich dem Rassenhaffe und dem religiösen Vorurtheil gegenüber zu Zugeständnissen herbeiläßt. Ueber die Vorgänge bei der Stadtverordnetenwahl im 45. Kommunalbezirk in Moabit schrieb deshalb die „Berliner Zeitung“: „Ein trauriges Zeichen politischer Unreife haben sich jene freisinnigen Wähler selber ausgestellt, die am 27. November in der Stichwahl für den Antisemiten Ulrich gestimmt haben. Von den 653 Stimmen, die in der Hauptwahl für den liberalen Kandidaten Goeroldt abgegeben wurden, gingen nur 44 auf den Sozialdemokraten, dagegen 360 auf den Antisemiten über; 249 liberale Wähler blieben zu Hause. Bei diesem Resultat ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß für den liberalen Kandidaten, der selber kaum als freisinnig zu bezeichnen ist, eine große Anzahl nationalliberaler und konservativer Wähler gestimmt hat, denen Herrn Ulrich's Radau-Antisemitismus unsympathisch ist.“ Die „Volks-Zeitung“ nannte den Vorgang „einen freisinnigen Reford in der Gefinnungslosigkeit“ und schrieb von „freisinnigen Helfershelfern des Antisemitismus“; der sozialdemokratische „Vorwärts“ bezeichnete den seltsamen Vorgang als „die Abdankung der freisinnigen Partei zu Gunsten des Antisemitismus“; die „Allgemeine Zeitung des Judenthums“ nannte die Wahl des Antisemitenführers eine der „Leistungen des Bezirksvereins-Liberalismus“; die „Staatsbürger-Zeitung“ aber jubelte: „Man kann daraus ersehen, daß selbst der Freisinn = Philister noch eine Grenze kennt, die er, trotz aller Verheßung der jüdischen Organe,

nicht überschreiten mag.“ Von dem Organ Liebermann's, den „Deutsch-Sozialen Blättern“, wurde die Wahl Ulrich's als „eine Niederlage der Juden“ dargestellt. Wenn trotzdem feststeht, daß auch einzelne jüdische Wähler für den Judenfeind Ulrich gestimmt haben, statt sich bei etwaigen Bedenken gegen die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten der Wahl zu enthalten, braucht man sich nur an die beschämende Thatsache zu erinnern, daß seiner Zeit im Kreise Friedeberg-Arnswalde einige Juden für einen Reichstagskandidaten gestimmt haben, der ihnen vorher jede Menschenwürde abgestritten hatte. Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber! Wer nun im Rothen Hause neben Herrn Brezel Platz nimmt, konnte einem Juden nicht fremd sein; die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ erinnerten mit Recht daran: „Seine politischen Sporen hat sich Herr Ulrich in dem Blättchen des Herrn — Karl Sedlitz verdient!“ Und was von ihm künftig zu erwarten ist und von seinen Myrmidonen thatsächlich erwartet wird, das sagt die „Staatsbürger-Zeitung“: „Hoffentlich wird Herr Ulrich im Rothen Hause nicht ganz so „parteilos“ sein, wie er als junger „Kandidat“ so meisterhaft gewesen ist; sondern er wird nun, wo er, mit der „gülden“ Kette geziert, in Amt und Würden ist, frisch vom Leder ziehen, wenn es gilt, die Interessen des christlich-deutschen Theils der Bevölkerung Berlins wahrzunehmen und den alten Adel Abrahams in seine Schranken zu weisen. Gerade er kennt diesen Adel Abrahams doch am besten: In seinem Berufe als Rechtsanwalt hat er täglich Gelegenheit, orientalische Studien zu machen.“ Vor der Wahl hatte dasselbe ehrenhafte Blatt geschrieben: „Es ist Pflicht jedes christlich-deutschen Mannes, unbedingt an der Wahlurne zu erscheinen und dem Kandidaten der parteilosen Bürgervereinigung, Herrn Rechtsanwalt Ulrich, seine Stimme zu geben.“ Nach der Wahl lautete es anders: „In einem haben sie recht: Sie deuten nämlich an, daß die „Parteilose Vereinigung“ in Moabit nicht parteilos gewesen sei, und der Meinung sind wir auch. Würde in Moabit nicht der antisemitische Gedanke so stark betont worden sein, wie es geschah, dann würde der Sieg schwerlich so glänzend gewesen sein.“

Daß gerade jetzt derselbe Antisemit seinen Einzug in das Rothe Haus hält, welcher in dem Prozeß Mirbach gegen Karl Sedlitz als Vertheidiger des letzteren dem Herrn D e r h o f m e i s t e r scharf entgegentrat, muß als ein eigenthümliches Spiel des Zufalls betrachtet werden. Dasselbe ist um so bemerkenswerther, als durchaus nicht alle antisemitischen Blätter das Vorgehen des Freiherrn von Mirbach so

günstig beurtheilen wie die „Staatsbürger-Zeitung“, welche dasselbe gegen die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu verwerthen sucht, oder wie die „Deutsche Wacht“, welche darin „eine rettende That“ erblickt, die sie nebenher durch Boykottierung der jüdischen Waarenhäuser ungescheut zu Geschäftszwecken auszunützen versucht. Andere antisemitischen Organe nehmen vielmehr offen Partei gegen das „Hofmeistern“ der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und thun dies in einem Tone, der selbst denjenigen der entschiedensten Opposition an Schärfe überbietet. Die Magdeburger „Sachschau“ schrieb am 3. Dezember: „Die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin hatte den Kirchenbauplänen schon längere Zeit entschiedenen Widerstand entgegengesetzt und außerdem hatte ein jüdischer Stadtverordneter einige Gesangbuchverse parodiert. Diese Taktlosigkeiten glaubte der Herr Graf (?) bei Gelegenheit des diesjährigen Dankschreibens, das er im Namen der Kaiserin für die Geburtstagsgratulation an das Rothe Haus sandte, energisch rügen zu müssen. Da ist er aber schön angelaufen. Dr. Langerhans zahlte dem Grafen dessen Ruthenstreiche unter dem Hallo der Versammlung mit solchen Fausthieben heim, daß dem Ärmsten die Augen übergingen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ und „Deutsche Wacht“ haben nun mit dem Geprügelten ein großes Jammergeächrei über die Frechheiten der Berliner Stadtväter angestimmt — weshalb, das wird wohl ein Geheimniß der beiden Blätter bleiben.“ Noch auffallender äußerten sich die „Deutsch-Sozialen Blätter“ bei der Besprechung eines auf den Vorfall bezüglichen Artikels des „N. Journals“: „Der Inhalt und die Form der oben wiedergegebenen Auslassungen gestatten kaum noch einen Zweifel daran, daß der Freiherr von Mirbach dahinter steht, und diese Thatsache ist das Bedauerliche an der ganzen an sich nicht besonders erfreulichen Geschichte. Gibt es denn am Hofe von Berlin nicht mehr einen einzigen patriotischen und klugen Mann, der dem Oberhofmeister mit wünschenswerther Deutlichkeit begreiflich macht, daß es nicht angängig ist, die Vertheidigung unseres Herrscher-Paares in den Spalten eines Blattes zu führen . . . Wahrhaftig, wohl noch nie, seit das Hohenzollernhaus in Brandenburg-Preußen regiert, ist das monarchische Gefühl des Volkes schlimmeren Prüfungen ausgesetzt gewesen, als in unsern Tagen. Der Träger einer hohen Hofcharge nahm vor kurzem überraschend plötzlich seinen Abschied. Möge das ein Signal zum gründlichen Rehraus gewesen sein, und möge das neue Jahrhundert auch noch andere neue Männer auf den verantwortungsvollen Posten im Hofhaushalte finden.“

Eine solche demagogische Sprache führt das Organ des anerkannten Führers der „Deutsch-sozialen Reformpartei“; desselben, von welchem die antisemitische „Sachsenchau“ schreibt: „Der höfische Einfluß Liebermann's, das „Nachobenspielen“, haben der Partei viel geschadet. Wäre der volksthümliche freie Ton, der die ersten Versammlungen durchwehte, in der Oberhand geblieben, so hätten wir heute eine starke, oppositionelle antisemitische Volkspartei, welche den Gegnern das Pöffen- und Witzereifen austreiben würde.“ Selbst die „Staatsbürger-Zeitung“ steht im Begriff, das Tisch Tuch zwischen sich und Liebermann von Sonnenberg zu zerschneiden, der zwar der Regierung gegenüber zuweilen eine oppositionelle Haltung zeigt, aber es um keinen Preis mit seinen adeligen Standesgenossen verderben will, welche im „Bund der Landwirthe“, unbekümmert um die Klagen des Mittelstandes, ihre Sonderinteressen rücksichtslos verfolgen. Der Mittelstand, den die deutsch-soziale Reformpartei zu vertreten vorgeht, und der agrarische Bund der Landwirthe haben keine gemeinsamen Interessen; vielmehr schädigt der Bund durch den Großbetrieb in seinen mannigfachen industriellen Unternehmungen eine ganze Reihe bürgerlicher Erwerbszweige weit empfindlicher, als dies durch einzelne in jüdischem Besitze befindliche Waarenhäuser geschieht. Deshalb wurde es Herrn Liebermann von vielen seiner Parteigenossen verdacht, daß er sich an der zum Zweck der Gründung einer „Ortsgruppe des Bundes der Landwirthe“ in Berlin veranstalteten „Mittelstandsversammlung“ betheiligt hat.

Wenige Tage vor der Versammlung schrieb die „Staatsbürger-Zeitung“: „Die agrarische Bewegung hat sich bisher als rein konservativ gezeigt, während die Mittelstands-Bewegung in Berlin in den Händen der deutsch-sozialen Reformpartei, der Christlich-Sozialen und der Bürgervereine liegt. Das Vorgehen des Bundes der Landwirthe kann demzufolge nur aufgefaßt werden als eine Störung der Kreise der deutsch-sozialen Reformpartei, die mit der vom Abgeordneten von Liebermann auf dem Parteitag in Hamburg vorgeschlagenen Taktik nicht vereinbar ist. Wer den realen Kaufmannsstand stützen und erhalten will, der darf vor allen Dingen diesem Kaufmannsstande nicht selbst Konkurrenz machen. Die Verkaufsstelle des Bundes gleicht aber einem Waarenhause, wie ein Ei dem andern; kündigt doch der Bund an, daß durch ihn Nähmaschinen, Fahrräder, Acetylenlaternen, sowie jede gewünschte Maschine bezogen werden können. Der Verband deutscher Fahrradhändler und deutscher Nähmaschinenhändler sieht sich in Folge dessen bereits veranlaßt, in seinem Fachorgane gegen die schädigende Konkurrenz des Bundes Verwahrung einzulegen, der Bund

macht also Geschäfte, die den Kaufmannsstand schädigen.“ In einem Bußtags-Artikel eiferte dasselbe Blatt gegen das Einbringen des „jüdisch-mammonistischen Geistes“ in unser Volk und sagte: „Viel zu sehr geht jeder in seinen Sonderinteressen auf, die er fälschlich für das Höchste hält; der Kampf aller gegen alle hat sich bis zu einer Schärfe zugespitzt, die jeden einzelnen nur mit der Sorge um seine eigene Existenz erfüllt, und das eben giebt unserm ganzen sozialen Leben den Stich in's Kleinliche, der kein frisches, frohes Zusammenleben und Wirken aufkommen läßt. Wo es nicht die Sorge um die Existenz ist, da ist es die Gier nach Gold, die den einzelnen beseelt und die zu stillen er keine Mittel scheut.“ Ob das Blatt damit sich selbst ironisiert oder seine Leser darauf vorbereiten will, daß der spekulative „Bund der Landwirthe“ demnächst als mammonistisch-verjudet hingestellt werden wird, bleibt abzuwarten. Der Geschäftsführer des Antisemitenblattes scheint freilich selbst den „Mammon der jüdischen Inferenten“ nicht zu verachten! Die vom „Bund der Landwirthe“ am 11. Dezember veranstaltete „Mittelstandsversammlung“ nahm einen kläglichen Verlauf. In dem Saal bei Bugenhagen waren im Ganzen nur etwa 250 Personen anwesend, vor welchen der Bundesdirektor Dr. Hahn eine sogenannte Mittelstandsrede hielt. Nachdem noch Freiherr von Loën und der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg für die Gründung der Ortsgruppe eingetreten waren, wies der Vorsitzende des Brandenburger Provinzialverbandes der deutsch-sozialen Reformpartei, Böckler, in scharfer Rede auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis beim Bunde der Landwirthe hin. Der Bund mache selbst durch seine Verkaufsstellen den Gewerbetreibenden bedenklichen Wettbewerb. Was sei z. B. ein Offiziers-Waarenhaus, in dem zahlreiche Mitglieder des Bundes der Landwirthe ihren Bedarf deckten, anderes als ein Wertheim'sches Waarenhaus? Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg und Rechtsanwalt Ulrich suchten die Ausführungen zu mildern, der Bundesvorsitzende, Abgeord. Dr. Koesicke, übernahm es, die Vorwürfe Böckler's zu widerlegen. Ein Mitglied dürfte an diesem Abend kaum gewonnen worden sein. Wenn trotzdem die „Deutsche Tagesztg.“ von einem „vollen Erfolge“ spricht, so liegt darin eine außergewöhnliche Bescheidenheit.

Mit dem „freundnachbarlichen Verhältnis“, welches Liebermann auf dem Hamburger Parteitage zwischen der Reformpartei und dem „Bund der Landwirthe“ proklamiert hat, scheint es genau so weit her zu sein wie mit der Einigkeit innerhalb der verschiedenen Gruppen der deutsch-sozialen Reformpartei. In der Elmshorner Versammlung des

Verbandes für Schleswig-Holstein und Hamburg äußerte sich Graf Reventlow scharf gegen das Verhalten Oswald Zimmermann's auf dem Hamburger Parteitage und über die gegen den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband gerichteten Angriffe. Schließlich genehmigte die Versammlung in Elmshorn einstimmig folgende Erklärung: „Es ist bedauerlich, daß auf dem Verbandstage der Deutsch-sozialen Reformpartei für das Königreich Sachsen am 22. Oktober 1899 Angriffe auf die norddeutschen Gesinnungsgenossen erfolgten, die von gänzlicher Unkenntniß der Verhältnisse, sowie von einer Abweichung von denjenigen Formen zeugten, die auch bei Meinungsverschiedenheiten unter Gesinnungsgenossen gewahrt werden sollten.“ Ueber den einheitlichen Ladenschluß und verschiedene andere Forderungen der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen hat sich übrigens zwischen dem Organ der letzteren und der „Deutschen Wacht“ eine heftige Polemik entsponnen. Jedenfalls thut man gut, den Werth aller dieser Meinungsverschiedenheiten nicht zu hoch anzuschlagen, denn alle antisemitischen Gruppen, der Bund der Landwirthe, die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, die christlich-sozialen Verehrer Stöcker's und die Tivoli-Konservativen finden sich immer wieder zusammen, wenn ihnen der Köder der Judenhetze vorgehalten wird. Die Stadtverordnetenwahlen in Dresden, Potsdam und Swinemünde und die Landtagswahlen in Hessen haben dies gezeigt, — „wenn sie sich beim Hetzen fanden, da verstanden sie sich gleich!“ — In diesem Sinne hatte Liebermann von Sonnenberg ganz recht, als er kürzlich in einem Vortrage in Elberfeld das Thema „Die Juden sind unser Glück“ behandelte und darauf hinwies, daß der Kampf gegen das Judenthum für die Dunkelmänner der verschiedensten Schattierungen das einzige einigende Moment bilde.

In demselben Sinne sind aber auch „die Antisemiten das Glück der Juden“, denn ohne die zahllosen Verleumdungen und gehässigen Angriffe würde niemals zwischen den in Deutschland lebenden Juden, welche den verschiedensten politischen und religiösen Richtungen hulbigen, eine Einigung angebahnt worden sein. Die Noth lehrt beten, und gar mancher, der in den duldsamen Jahrzehnten seines Glaubens vergaß und sich nur noch als deutscher Staatsbürger fühlte, ist erst durch das seinen und Religionsgenossen zugefügte schändliche Unrecht wieder an seine Zugehörigkeit zum Judenthum erinnert worden und hat es als seine „Ehrenpflicht“ erkannt, mit seinen Brüdern zu leiden und zu kämpfen. Schulter an Schulter stehend, treten jetzt endlich im deutschen Reich und ebenso auch in Oesterreich viele Tausende von strenggläubigen und freisinnigen Juden ein für ihren

geschmähten Glauben und für ihre bedrohten bürgerlichen Rechte. Das, was ihren Opfermuth befeelt und abelt, ist das Bewußtsein, daß sie nicht nur für ihre eigene Sache streiten, sondern auch für die höchsten Güter ihres gesammten Vaterlandes; daß sie für Recht, Freiheit und Aufklärung kämpfen gegen Bosheit, Dummheit und gegen den rücksichtslosen Eigennuß der Rückschrittlere. Der gerechten Sache wird schließlich doch der Sieg zu Theil werden, und dann wird man es anerkennen müssen; daß es die Juden waren, welche für den Ausbau des Rechtsstaates; für Gewissens- und Glaubensfreiheit, für wahre Geistes- und Herzensbildung aller Schichten der Bevölkerung strebten und litten, während ihre Gegner Knechte waren, die nicht nur die Juden, sondern das ganze Volk wieder in die dunklen Haine des nordischen Heidenthumes zurückzuführen und zum Nutzen weniger, um ihre mittelalterlichen Vorrechte kämpfenden Egoisten in die Bande geistiger und körperlicher Knechtschaft schlagen wollten. Die Hoffnung auf diese bessere Zeit hält die Juden aufrecht in Noth und Drang und verleiht ihnen die edle Begeisterung, welche auch in weiteren Kreisen Achtung erzwingt.

Erschütternd wirkte es im österreichischen Reichsrathe, als der jüdische Abgeordnete Straucher den schändlichen Verleumdungen des antisemitischen Ritualmordmärchen-Erfinders Schneider entgegentrat und auf einen Einwurf des Monsignore Stojalowski diesem zurief: „Ihr Name, Herr Stojalowski, ist eingezeichnet in der Geschichte der Juden. Wenn aus den Ruinen Galiziens noch neues Leben erblühen sollte, Ihr Name wird verflucht sein! Sie, Herr Stojalowski, haben, als Sie in Bedrängniß waren, jüdische Hilfe gesucht und gefunden, und wer hat Sie bewußert? Ein Parteigenosse von Ihnen! Sie haben mir den Namen genannt! Kein Jude kümmert sich um das Schicksal Hilsner's, aber gegen die verlogene Behauptung müssen wir Stellung nehmen, daß wir Juden Menschenblut für rituelle Zwecke brauchen.“ Als am 11. Dezember der Kaiser Franz Josef dem Prager Rabbiner Dr. Alexander Risch, der auch Feldprediger ist, Audienz erteilte, wies Risch darauf hin, wie schwere Tage seine Glaubensgenossen in Böhmen jetzt durchzumachen hätten und sagte, daß all ihr Trost die gütige Fürsorge des Kaisers sei. Darauf erwiderte der Kaiser: „Ja, Ihre Glaubensgenossen haben jetzt schwere Tage. Ich bin sehr empört über die Rohheit.“ Der Kaiser erlaubte dem Rabbiner, seine Worte zu veröffentlichen. Ueber die jetzigen Zustände in Böhmen und Mähren schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus Wien: „Die politische und wirthschaftliche Unzu-

friedenheit der czechischen Massen, seit Jahren und Jahrzehnten angehäuft, wird von den korrupten politischen Führern und den hochadeligen Latifundienbesitzern auf die armen Juden in den böhmischen und mährischen Landstädten und Dörfern, auf deren Fensterscheiben, Hausrath und Ladenvorräthe abgelenkt. Sehr geschickt! Die Mache verräth die Meister. Es sind die Klerikalen, die die Judenplünderungen züchten, und die Bekämpfung des Klerikalismus, dieser größten Gefahr für die Entwicklung Oesterreichs, ist es auch, die den Professor Masaryk auf das Polnaer Thema und im weiteren Verlauf in den Ruf des czechischen „Zola“ brachte.“ Weil dieser Ehrenmann es wagte, das Kuttenberger Gerichtsverfahren im Polnaer Nordprozeß zu kritisieren, wurde er sowie seine an der Prager Universität studierende Tochter von den antisemitischen Studenten beschimpft und ausgetrieben; die Broschüre Masaryk's wurde beschlagnahmt und gegen ihn das subjektive Verfahren eingeleitet. Während die klerikalen Antisemiten Oesterreichs mit den czechischen Antisemiten Hand in Hand gehen, tritt die antikatholische Tendenz der rasseantisemitischen, deutsch-völkischen Gruppe in Oesterreich immer deutlicher hervor. Der katholischen „Köln. Volksztg.“ wird aus Böhmen berichtet: „Fast alle deutschvölkischen Blätter haben die Zeitrechnung nach Christi Geburt abgeschafft und rechnen „nach Noreja“, so die „Auffig-Narbitzer Volkszeitung“ und die „Wacht an der Eger“, der „Deutschvölkische Arbeiterführer“ u. s. w., die sämmtlich „im Jahre 2012 nach Noreja“ schreiben. Auch die üblichen Monatsbezeichnungen werden als rückständig nicht mehr gebraucht. Die Deutschradikalen und die Antisemiten leben nicht mehr im November 1899, sondern im „Rebelung 2012 nach Noreja“. Bei Noreja fand nämlich 113 vor Christi die große Schlacht zwischen Cimbern und Römern statt, wobei diese auf's Haupt geschlagen wurden.“

Bis zu den Extravaganzen der deutsch-völkischen böhmischen Antisemiten oder bis zu czechischen Plünderungsgeilgen haben es die französischen Antisemiten zwar selbst in den heiligsten Belten der Dreyfus-Kämpfe nicht gebracht; der czechische Antisemitismus scheint jedoch ein Ableger des französischen Nationalismus zu sein. Aber während in Paris die Gesundung der Verhältnisse fortzuschreiten scheint, liegen die Dinge in Böhmen und Mähren noch sehr im Urge. Aber kommen wird der Tag, wo auch dort die Kulturarbeit wieder beginnen, und wo man in Frankreich die Juden als gute Franzosen und in Oesterreich als gute Oesterreicher und dort zugleich als „Pioniere des Deuththums“ schätzen wird. Schon jetzt sagen sich überall die unbefangenen Patrioten im Stillen: „Die Antisemiten sind nicht nur eine Geißel der Juden, sie sind u n s e r Unglück!“

A. L.

Korrespondenzen.

✕ Berlin, 20. Dezember. Der Ausfall der am 12. d. M. gehaltenen Wahlen zum Direktorium der Akademischen Leseshaile, welches zugleich die korporative Vertretung der hiesigen Studentenschaft bildet, beweist, daß der antisemitische Geist an der Berliner Universität immer mehr an Boden verliert. Es gelang, nach mehr als einem Jahrzehnt, die Mehrheit des antisemitischen „Vereins deutscher Studenten“ und seiner Verbündeten zum ersten Male zu brechen. Zwar vermochten diese antisemitischen Studenten sechs ihrer Kandidaten durchzubringen; aber es wurden sieben Vertreter der anderen Partei (je 1 der katholischen Verbindung „Askania“ und der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung“, 2 des „sozial-wissenschaftlichen Vereins“, 3 der „Finkenschaft“) gewählt, und diese Mehrheit übertrug den Vorsitz dem unparteiischen Vertreter der „Askania“. Letzterer nahm sofort in der konstituierenden Sitzung Veranlassung, dem Antisemitismus eine unzweideutige Absage zu ertheilen, indem er nicht nur strengste Objektivität, sondern auch Belämpfung jeder konfessionellen Engherzigkeit zusicherte und Verwahrung gegen die seitens des „Vereins deutscher Studenten“ und Gefolgschaft gewählte Bezeichnung „nationale Partei“ einlegte, womit gegen die gesammte übrige Studentenschaft die Verdächtigung antinationaler Gesinnung ausgesprochen werde.

Nachdem die Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse des Verbandes der jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reiche die landesherrliche Genehmigung erhalten hat, wird dieselbe voraussichtlich am 1. Januar n. J. in's Leben treten.

Die Interessenten werden darauf hingewiesen, daß die Vorlesungen für diejenigen akademisch gebildeten jüdischen Lehrer, die sich für Ertheilung des israelitischen Religionsunterrichtes vorbereiten wollen, für das akademische Jahr 1899/1900 in der „Lehranstalt für die Wissenschaft des Judenthums“, Berlin SW., Lindenstr. 48/50, bereits begonnen haben und unentgeltlich besucht werden können.

Der Geh. Regierungsrath Professor Dr. Moriz Lazarus beging am 30. November d. J. in Meran sein 50jähriges Doktorjubiläum, aus welchem Anlaß ihm der Kaiser den Kronenorden dritter Klasse mit der Zahl 50 verlieh und die Universität Halle ein auf prächtvollem Blatt ausgeführtes erneutes Doktordiplom sandte. Moriz Lazarus wurde 1824 zu Fülshne geboren, studierte in

Berlin Geschichte, Naturwissenschaft, Jurisprudenz, Philosophie, wurde in Bern Professor und Rektor, 1867 in Berlin Lehrer an der Kriegsakademie und 1873 ordentlicher Honorar-Professor für Philosophie an der Berliner Universität. Mit seinem jüngst verstorbenen Schwager Professor Steinthal gab er die „Zeitschrift für Völkerpsychologie“ heraus. Von seinen Werken sind die bekanntesten: „Das Leben der Seele“, „Ideale Fragen“, „Treu und frei“ (Vorträge), „Der Prophet Jeremias“ und seine „Ethik des Judenthums“, deren 2. Band demnächst erscheinen soll.

Im Alter von 66 Jahren ist am 4. Dezember der frühere Mitinhaber der Firma Herrmann Gerson, Albert Philipp Meyer, nach längerem Leiden verschieden. Der Verstorbene, der zu den Repräsentanten der Berliner jüdischen Gemeinde gehörte, hat sich auf den verschiedensten Gebieten als ein hervorragender Menschenfreund bewährt und sich wohlverdiente hohe Achtung erworben. Unserm Vereine gehörte er seit der Begründung desselben als treues Mitglied an.

In der Nacht zum 13. Dezember entschlief im Alter von nur 56 Jahren nach kurzem Krankenlager der Kommerzienrath Julius Isaac, Mitinhaber der bekannten Fischbeinsfabrik Mann Isaac, deren Erzeugnisse einen weitverbreiteten Ruf haben. Der Verstorbene, einer der Begründer unseres Vereins, hat auch viele andere gemeinnützige Vereinigungen in hingebendster Weise gefördert. Bei der Trauerfeier am 15. d. M. waren Vertreter unseres Vereins und zahlreicher Anstalten und Vereine, deren thätiges Mitglied der Verstorbene gewesen war, so des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Krankenhauses, des Kolberger Kurhospitals, des Brüdervereins, der Gesellschaft der Freunde und anderer wohlthätiger Institute anwesend. Herr Rabbiner Dr. Maybaum hielt die Trauerrede, in der er die vielen Verdienste des Verstorbenen um das Gemeinwohl würdigte. Hierauf sprach Dr. Gustav Karpeles im Namen der jüdischen Lesehalle noch ein kurzes Abschiedswort.

In der letzten Woche des November hat das Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes an sämtliche jüdischen Gemeinden Deutschlands, sowie an sämtliche wichtigeren jüdischen Institute und Vereinigungen Fragebogen verschickt, um das Material für einen im April k. J. erscheinenden Nachtrag zum XIV. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs“ zu beschaffen. Wegen der großen und anerkannten Gemeinnützigkeit der vom D.-I. G.-B. geleisteten statistischen Arbeit, von deren Zuverlässigkeit oft vieles für Gemeinden und Private abhängt, empfehlen wir den Empfängern der Frageblätter im allgemeinen Interesse eine möglichst genaue und sorgfältige Beantwortung.

Ueber das Schicksal der antisemitischen Parteikneipen berichtet die „Berliner Zeitung“: „Wieder hat ein „deutsches Wirtshaus“ in's Gras beißen müssen. Dieses schöne Lokal befand sich in der Koch-Straße und war schon von außen durch allerlei sinnige Sprüchlein kenntlich gemacht. Erleichtert athmet die Nachbarschaft auf, ist doch jetzt endlich wieder Ruhe eingekehrt, nachdem bisher allabendlich Lärmereien, die sich bis auf die Straße fortpflanzten, schon an der Tagesordnung waren.“ Eingegangen sind vor kurzem die antisemitischen Parteikneipen in der Dresdener Straße und in der Prinzen-Straße, und in der Friedrich-Straße zieht ein „Judenstuhl“ nicht mehr; dort stehen jetzt drei am Eingang, denn drinnen ist Ueberfluß an leeren Sitzplätzen!

Die „Freisinnige Zeitung“ berichtet: „Der „Rektor aller Deutschen“, A h l w a r d t, befindet sich gegenwärtig in Bochum auf Geschäftsreisen. Sein Schwiegersohn Bobek hat in Berlin unter dem Namen seiner Frau ein „Damenrestaurant“ eröffnet und zwar „auf breiter deutscher Grundlage“.

☒ Schwedt a. O., 2. Dezember. Am 12. v. M. hielt im hiesigen „Verein für jüdische Geschichte und Literatur“ Herr Dr. G u s t a v K a r p e l s aus Berlin einen Vortrag, in welchem er die Frage „Was haben die Juden für die Kultur der Menschheit geleistet?“ in so hochinteressanter Weise behandelte, daß alle Zuhörer dem fast 1½ Stunden dauernden Vortrage in fast athemloser Spannung lauschten.

J. B. Breslau, 8. Dezember. Zu Beginn des Winter-Semesters hat sich an der hiesigen Universität ein „Verein jüdischer Studenten“ konstituiert, dessen offizieller Eröffnungskommers am 23. November in Liebich's Festsälen stattfand. Der Berliner „B. J. St.“ hatte drei Chargierte gesandt, und der Leipziger „B. J. St.“, sowie viele Gönner und Freunde der „Vereine jüdischer Studenten“ aus allen Gegenden Deutschlands schickten Glückwunschtelegramme. Eine große Anzahl Gäste waren geladen und erschienen. Herr Rabbiner Dr. Guttmann dankte im Namen der Gäste für die Einladung und wünschte dem jungen Verein ein gutes Wachsen und Gedeihen, konnte sich aber nicht enthalten, der Befürchtung Ausdruck zu geben, der „B. J. St.“ möchte zionistische Tendenzen verfolgen, die er (Redner) als unheilvoll ansieht. Der Vorsitzende des neu gegründeten „B. J. St.“, stud. jur. Dobrzynski, antwortete darauf sogleich, der Verein als solcher habe mit dem Zionismus nichts zu thun; seine Bestrebungen seien vielmehr nur darauf gerichtet, unter seinem blau-weiß-gelben Banner alle jüdischen Akademiker, die von ihrem Judenthume etwas halten, zu

vereinigen, den Indifferentismus und den Verrath in den eigenen Reihen zu bekämpfen und das Selbstbewußtsein des jüdischen Studenten zu stärken, indem er seine Mitglieder durch Vorträge und Diskussionen über Geschichte und Literatur des Judenthums unterrichtet und sie mit den modernen sozialen Fragen, die das Judenthum berühren, bekannt macht. Auch Geselligkeit wird der Verein pflegen; der jüdische Student soll nicht mehr gezwungen sein, Aufnahme in Verbindungen nachzusuchen, in denen er über die Achsel angesehen wird — vorausgesetzt, daß man ihn überhaupt ansieht, bzw. aufnimmt! Er soll aber auch nicht sich Verbindungen anschließen, die, obwohl nur Juden ihnen angehören, es mit Entrüstung von sich weisen, „jüdisch“ genannt zu werden, die eifrig nach „Renommierchristen“ suchen und sich dadurch Spott von allen Seiten zuziehen. Die Mitglieder des „B. J. St.“ sollen wahrhafte Juden und stolz auf ihr Judenthum sein! Nachdem noch der erste Chargierte des Berliner „B. J. St.“ in schöner, bilderreicher Sprache über die Tendenzen der „Vereine Jüdischer Studenten“ gesprochen, wandte sich stud. phil. Schachtel (B. J. St. Breslau) mit scharfen Worten gegen jene Studenten, die in läppischer Nachäffung „arischer“ Unsitten sich zu lächerlichen Karrikaturen erniedrigt haben, die keine Juden mehr sind und „Arier“ doch nicht sein können. Kampf also gegen die inneren wie gegen die äußeren Feinde, Hebung des Selbstgefühls der jüdischen Studenten und ihrer aller Vereinigung unter der blau-weiß-gelben Fahne — das sind die vornehmsten Aufgaben der „B. J. St.“ Darum auch dem jungen „B. J. St. zu Breslau“ ein vivat, crescat, floreat!

‡ Marburg, 9. Dezember. Gegen den antisemitischen Abgeordneten Ludwig Werner hat der Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“, Erdmannsdörfer, fortgesetzt schwere Beschuldigungen erhoben, welche der Verleger des genannten Blattes, von Gerlach, in einer in Herzfeld abgehaltenen Volksversammlung öffentlich wiederholte. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die von den Nationalsozialen in Herzfeld am 4. Dezember einberufene, von den Angehörigen verschiedener Parteien zahlreich besuchte Volksversammlung ersucht den Abgeordneten Herrn Werner, die Klarstellung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe durch sofortige Privatlage gegen den Redakteur Erdmannsdörfer herbeizuführen.“

✕ Hannover, 17. Dezember. Daß mit dem Ende dieses Jahres die „Hanov. Post“, welche früher ein antisemitisches Blatt war, aber auch als Organ der Konservativen diese Richtung nie ganz verleugnete, ihr Erscheinen einstellt, ist für den Stand der konservativen Bewegung

in der Provinz Hannover ein symptomatisches Zeichen. Die Konservativen sind nur noch auf die „Hannov. Nachrichten“ angewiesen, die erst vor etwa Jahresfrist sich zur konservativen Weltanschauung durchgerungen haben und seitdem der offizielle Moniteur des hannöverschen Oberpräsidiums geworden sind.

Der Verein zur Beförderung des Handwerks unter den Juden der Provinz Hannover hielt am 7. d. M. unter dem Voritze des Justizraths Benfey I seine Generalversammlung ab. Der 1833 gegründete Verein zählt 328 Mitglieder. Unter den unterstützten Lehrlingen befinden sich wieder mehrere, welche als Schlosser, Tischler und Stellmacher ausgebildet werden. In den Jahren 1897—1899 wurden 129 jüdische Handwerkslehrlinge unterstützt, und zwar: 7 Buchbinder, 7 Schneider, 9 Schlächter, 2 Uhrmacher, 8 Schlosser, 2 Goldarbeiter, 1 Klempner, 9 Sattler, 9 Maler, 1 Kürschner, 14 Mechaniker, 2 Schuhmacher, 10 Tapezierer, 2 Photographen, 32 Tischler und Stellmacher, 7 Techniker, 1 Maschinenbauer, 1 Drechsler, 2 Bäcker, 2 Glaser, 1 Metalldreher. In der Stadt Hannover sind zur Zeit 12 Lehrlinge untergebracht, die von einem emeritierten Prediger überwacht werden. Diese Ueberwachung erstreckt sich auf die sittliche und religiöse Führung, sowie die Fortschritte der Lehrlinge; namentlich wird bei dieser Ueberwachung darauf geachtet, ob die Lehrlinge ihr Recht bezüglich Wohnung, Kleidung und Ernährung haben, und ob die Beträge, welche vereinsseitig für sie verwendet werden, auch wirklich zum Nutzen der Lehrlinge zur Verauslagung gelangen. Mehrere Lehrlinge haben für das Gesellenstück das Prädikat „Gut“ empfangen. Die in der Lehre befindlichen jungen Leute erhalten von ihren Meistern durchweg gute Zeugnisse über Fortschritt und Führung. Eine einzige bedauerliche Ausnahme von schlechter Führung ist zu verzeichnen gewesen.

♣ **Murich**, 5. Dezember. Unter der Spitzmarke „E t w a s v o m j ü d i s c h e n W i e h h a n d e l“ brachte die „Kreuz-Zeitung“ am 5. November eine der agrarisch-antisemitischen „Deutschen Tages-Zeitung“ entnommene Notiz, in welcher darüber geklagt wurde, daß in Ostfriesland der Schlachtviehhandel ausschließlich in den Händen der Juden sei, hier in Murich kein einziger christlicher Fleischer vorhanden sei und das von auswärtigen Fleischern bezogene Fleisch zuerst im städtischen Schlachthause untersucht und versteuert werden müsse. In der Notiz wurde schließlich auf eine angeblich von einem jüdischen Händler bewirkte Schwindelei bei einem Stierverkauf hingewiesen, die nur straslos geblieben sei, weil der gegen ein minderwerthiges Thier ver-

wechselte echte Herdbuchstier trotz aller Nachforschungen nicht mehr aufzufinden gewesen. Damit ist offenbar aus Konkurrenz-Gründen eine sehr alte, s. Z. unaufgeklärt gebliebene Geschichte wieder aufgewärmt worden. Vor einer Reihe von Jahren war allerdings ein jüdischer Viehhändler wegen einer solchen Betrugsaffaire in Untersuchung; derselbe ist jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil ihm nichts bewiesen werden konnte. Sollte er wirklich nicht schuldlos gewesen sein, so würde die Handlungsweise eines Einzelnen nichts beweisen, da es eine sehr große Anzahl jüdischer Viehhändler in Ostfriesland giebt, welche durchweg einen sehr guten Ruf genießen, sodaß die Landwirthe gern mit ihnen Geschäfte machen. Daß man trotz der großen Zahl der jüdischen Viehhändler fast nie von einer betrügerischen oder auch nur unreellen Handlungsweise hört, ist wohl der beste Beweis für ihr redliches Verhalten. Thatsächlich ist auch deshalb das Verhältniß zwischen den hiesigen Landwirthen und den jüdischen Viehhändlern ein sehr gutes.

X Hamburg, 8. Dezember. Der hiesigen Medizinal-Behörde ging eine Eingabe des Central-Ausschusses der antisemitischen Bürgervereine in Hamburg zu, welche das ungebührliche Ansinnen enthält, daß bei der Erledigung der Ausschreibung einer *I m p f a r z t s t e l l e* für den 1. Januar *j ü d i s c h e A e r z t e* nicht berücksichtigt werden möchten.

Im hiesigen Rathhause wurde gestern das Testament des am 2. d. M. hier verstorbenen Herrn *M a r c u s N o r d h e i m* publiziert. Der Testator vermachte an die Deutsch-Israelitische Gemeinde 60 000 Mk., an den Pensionsfonds der Lehrerinnen der israelitischen Töchter Schule 10 000 Mk. Ferner erhalten: das Paulinen-Stift 5000 Mk., Talmud-Tora-Schule 5000 Mk., Israelitisches Waisenhaus 5000 Mk., Miethe-Hülfsverein 5000 Mk., Verein zur Vertheilung von Feuerung 5000 Mk., Verein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen der Israelitischen Gemeinde 5000 Mk., Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde 5000 Mk., Altenhaus 5000 Mk., Pestalozzi-Stiftung 5000 Mk., Poliklinik des Krankenhauses der Israelitischen Gemeinde 5000 Mk., Vaterländischer Frauen-Hülfsverein 5000 Mk., Wohlthätiger Schulverein 5000 Mk., Seemanns-Krankenhaus 5000 Mk., Kunsthalle 10 000 Mk., Memmelsdorfer Gemeinde (Geburtsort des Testators) 10 000 Mk., das dortige Kinderheim 5000 Mk., die dortige israelitische Gemeinde 5000 Mk., das hiesige Pflegeheim und Siechenhaus 15 000 Mk. Die Gemäldesammlung wurde der Kunsthalle vermacht. Außerdem sind das Kontor-Personal sowie die übrigen von dem Testator beschäftigt gewesenen Personen mit Legaten bedacht.

Frankfurt a. M., 3. Dezember. Die „Frankfurter Ztg.“ schreibt: „Vor einiger Zeit haben wir der „Wiener Arbeiterzeitung“ eine Notiz über eine Theaterrezension des „Wiener Volksboten“ entnommen. Dieses christlich-soziale Blatt, das vom **D r t s s c h u l r a t h** König redigiert wird, hatte nämlich Grillparzer als Autor des Stückes „Der Kaufmann von Venedig“ genannt. Daran hat sich eine zweite literargeschichtliche Glanzleistung des Ottakringer Antisemiten-Organs geknüpft. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet darüber: „Ein Genosse hat sich den Scherz gemacht, an das Blatt einen mit William Shakespeare unterzeichneten Brief zu schreiben, in dem jene Angabe richtig gestellt wird. Am 20. November 1899 ist nun die letzte Nummer des „Wiener Volksboten“ erschienen, und in dieser theilt der Herr Ortsschulrath mit, daß er folgendes Schreiben erhalten habe:

Gehrter Herr Redakteur!

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, in Ihrer nächsten Nummer richtigzustellen, daß „Der Kaufmann von Venedig“ nicht, wie Sie in Ihrer letzten Nummer angaben, von Grillparzer, sondern von mir ist. Ein Stück mit so stramm antisemitischer Tendenz hätte dieser waschlappige Liberale doch nie über's Herz gebracht. Mit ergebenstem Dank im Voraus

Ihr ergebener

Wien, 7. November 1899.

William Shakespeare.

Herr König leitet diese Berichtigung mit der Bemerkung ein, daß es allerdings ein grober Irrthum war, dem „**F r e i m a u r e r** Grillparzer“ zuzumuthen, er habe ein so streng antisemitisches Schauspiel geschrieben. Da er einsieht, daß die Berichtigung der Wahrheit entspricht, fügt er hinzu: „Es ist somit jetzt beiden Theilen Rechnung getragen.“ Wir haben nur Angst, daß nun wieder Herr Grillparzer dem Herrn Ortsschulrath König eine Berichtigung schicken wird, daß er kein waschlappiger Liberaler war; ja daß er ebenfalls mehrere streng antisemitische Stücke geschrieben habe. Und dann wird sich herausstellen, daß dieser Kerl von einem Shakespeare ein ganz gewöhnlicher Verleumder ist.“

Der „Frankfurter Ztg.“ ging nachstehendes Schreiben zu: „Für silberne Hochzeit zu sagen **S i l b e r h o c h z e i t** — darauf kann zum ersten Male nur ein Jude verfallen sein“ — sagt Wustmann in seinen „Sprachdummheiten“ (Ausg. v. 1891 Seite 19). Der Mann muß es ja wissen, dacht' ich mir, bis ich neulich in einem gewissen Briefwechsel bei einem „Weimar, am 2. Mai 1798“ datierten Schreiben anlangte. Darin steht zu lesen: „Der arme Verfasser des goldenen Spiegels

(Wieland) . . . muß nun . . . die Schooßkinder seines Alters, die Produkte einer Silberhochzeit, gleich namenlosen Liebeskindern, verheimlichen.“ (Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Cotta'sche Ausgabe v. 1856. Bd. II Seite 79.) Der Brief ist von — Goethe. — Nun möchte ich um alles in der Welt nicht für das Wort „Silberhochzeit“ Propaganda machen; es ist und bleibt recht häßlich, wenn selbst Goethe es einmal gebraucht hat. Aber an Herrn Wustmann möchte ich doch die Frage richten: Hat denn wirklich schon der verewigte Goethe sich seine Sprache von den bösen Juden verderben lassen? Oder sollte vielleicht jene brave „Frankforder“ Küchenmagd doch Recht behalten, die unlängst während der Goethefeiertage zu ihrer Kollegin sagte: „Wenn der Seebe (Goethe) kei' Zudd' gewese' wär', dann würde sich jeh' kei' drei Händ' for'n rühre'!“?

‡ Dresden, 4. Dezember. Bei dem Preisauschreiben für den Neubau der königlichen Kunstgewerbeschule und des Kunstgewerbemuseums in Dresden wurde unter 30 eingegangenen Entwürfen der erste Preis von 2500 Mark dem Entwurf unseres Vereinsmitgliedes, des Regierungsbaumeisters Emanuel Heimann in Neubabelsberg bei Berlin, zuerkannt. — Das hiesige Stadtverordneten-Kollegium besteht aus 72 Mitgliedern; jährlich scheidet ein Drittel aus. Die Neuwahl erfolgt durch Listen-Strutinium dergestalt, daß jeder Wähler soviel Personen wählt, als überhaupt im ganzen zur Wahl stehen. In Folge dieses verfehlten Systems, dessen Abschaffung jetzt vom Stadtrath angeregt wird, kandidieren nicht einzelne Personen, sondern Listen, die aus Kompromissen der oft heterogensten und nur theilweise politischen Vereinigungen hervorgehen. Niemand kann daher sagen, wieviel Kandidaten der einen oder der andern politischen Richtung angehören. Bei den diesmaligen Wahlen gehörten die Deutsch-Sozialen — hier Reformers genannt — zu einer derartigen Koalition, bei der, soviel man hörte, ihnen wie jedem andern theiligten Verein vier Kandidaten eingeräumt waren. Sie präsentierten als solchen unter anderen den „Vilberbogen-Glöß“. Das war selbst den Konservativen zu stark und sie traten von der Koalition zurück, während z. B. der nationalliberale Reichsverein die Liste mit unterzeichnete. Sie hat sodann mit nicht sehr großer Mehrheit, 3 : 2, über die konservativ-freisinnig-handwerkerische u. Gegenliste gestimmt.

‡ Leipzig, 2. Dezember. Die kameradschaftliche Rücksicht, welche Herr Liebermann von Sonnenberg zu nehmen sich verpflichtet fühlt, versetzte die „Deutsch-Sozialen Blätter“ in die peinliche Nothwendigkeit, an hervorragender Stelle das Schreiben eines aktiven

Offiziers zu veröffentlichen, das der von andern antisemitischen Blättern abgedruckten Hegerie dieses Organs gegen die jüdischen Heereslieferanten die Spitze abbricht. Die Redaktion entschuldigte sich deshalb in der Fußnote bei ihren antisemitischen Parteinossen, wie folgt: „Da dieser Aufsatz für den „Sprechsaal“ zu lang ist, veröffentlichen wir ihn ausnahmsweise an dieser Stelle, ohne ihn damit aber seines Charakters als Sprechsaal-Artikel zu entkleiden.“ In dem Schreiben war wörtlich gesagt:

„In zwei Städten der Provinz Posen war ich mehrere Jahre das Mitglied der Menagekommission meiner Truppe, das die Lieferanten der Mannschafts- und Unteroffiziersküchen in erster Linie zu überwachen und den Abschluß der Verträge mit diesen vorzubereiten hat. Sowohl nach meinem ersten Eintritt in dies Amt, als später vor Neuvergebung der Lieferungen Jahr für Jahr, bemühte ich mich, die jüdischen oder in der einen Garnison diese und die polnischen Lieferanten auszuschließen, und fand dafür bei meinen Vorgesetzten stets größtes Entgegenkommen. Aber zum Schluß wurde mir ganz mit Recht immer wieder gesagt: „Was Sie wollen, wollten wir längst, aber es geht nicht!“ Und tatsächlich geht es nicht, meist weil die Deutschen zu faul sind, oder gelinder ausgedrückt, die größere Arbeit scheuen, die die strengen Kontratsbedingungen der Militärbehörden ihnen verursachen; denn was sie zu ihrer Entschuldigung anführen, ihre geringe Kapitalkraft, die ihnen nicht erlaubt, das angebliche Risiko zu übernehmen, hat auf derartige kleinere Lieferungen, die Tag für Tag oder Woche für Woche dieselben sind, bei Führung nur guter Waare keinen Einfluß. Dem Deutschen, sei er Kaufmann, sei er Handwerker, paßt es eben nicht, genau auf die Minute nach den Abnahmbedingungen beste Waare für kleinen Preis, bei also anscheinend kleinem Nutzen — den Verdienst bringt wohl erst die Regelmäßigkeit und die große Zahl der Lieferungen — liefern zu müssen. Er antwortet, wenn man bittet — wie ich es öfters that — die Lieferung zu übernehmen: „Es lohnt sich für mich die viele Schererei nicht.“ Ganz anders ist der Jude und Pole. Sie drängen sich nicht nur zu dem Geschäft, sondern sie liefern auch meist so gut und den scharfen Bedingungen entsprechend -- (z. B. wird jede Schware, besonders Fleisch, vor und nach der Zubereitung von einem Offizier, Assistentenarzt und Kocharzt tagtäglich untersucht und kann der Lieferant ohne weiteres von der Kommission zur Nachlieferung oder Strafzahlung verurtheilt werden, auch wenn sich erst nach der Zubereitung herausstellt, daß die Procente der nachhaften Substanzen in der betreffenden Lieferung nicht genügen — daß fast nie Ausstellungen zu machen sind. Und wenn, wie ich es ein-

mal bei einem jüdischen Großschlächter fand, der Versuch gemacht wird, unvorschriftsmäßige Waare der Küchenverwaltung anzudrehen, so kann solcher Lieferant so getriezt werden, daß er bald Uebergewicht und bessere Qualität liefert, als er braucht, um die noch schärfere Einhaltung des Wortlauts des Kontrakts künftig los zu werden. Also, kurz gesagt, im kleinen (bei Lieferungen an die Truppe direkt) sucht die Militärbehörde fast stets zuerst Deutschen den Verdienst zuzuschreiben; es gelingt fast nie, und sie muß mit Juden sich einlassen, die aber dabei nur recht verdienen können, weil die Kontrolle — und Sie können es mir glauben — neuerdings nicht nur nominell, sondern thatsächlich sehr scharf ist. In letzter Zeit werden Fleischlieferungen (um die Inanspruchnahme der Truppen-Offiziere für die Abnahme um 6 Uhr Morgens und um 11 Uhr Vormittags zu verringern) garnisonweise von der Intendantur vergeben und sucht diese, wie ich bestimmt weiß; meist möglichst Innungen oder einen Ring von mehreren deutschen Fleischern damit zu betrauen, scheidert aber ebenso oft an der Uneinigkeit und Unzulanz, so daß der Jude, nicht durch Unterbietung allein, sondern manchmal nur in Folge größern Entgegenkommens, schließlich die Lieferung erhält.“

Der Schluß des in einem Antisemitenblatte sich seltsam ausnehmenden offenerzigen Schreibens enthält noch eine scharfe Verurtheilung der Agitation gegen das „Waarenhaus für Armee und Marine“, die bekanntlich von denselben Kreisen ausgeht, wie diejenige gegen die jüdischen Lieferanten — nämlich von den Antisemiten, die sich zu Vormündern der Handwerker aufgeworfen, aber diesen bisher wahrlich noch keinen Segen gebracht haben. Das offene Bekenntniß des Offiziers, daß er die Juden auszuschließen bemüht war, ist ebenso unerfreulich, wie es erfreulich ist, daß er durch die Thatsachen von seinem unberechtigten Vorurtheil zur besseren Erkenntniß gelangt ist.

⊕ Coburg, 8. Dezember. Zum Magistratsrath wählte gestern die Stadtverordnetenversammlung den Geheimen Kommerzienrath Freiherrn v. Mayer. Damit ist hier zum ersten Male ein Jude in die städtische Korporation gewählt.

⊕ Gera, 8. Dezember. Das „Geraer Tageblatt“ berichtet: „Der Antisemitenhäuptling Buchbinder und Restaurateur Amt h o r ist unter Zurücklassung beträchtlicher Schulden spurlos verschwunden. Auch die Ehefrau Amt h o r s hat Gera heimlich verlassen, ohne ihrem Versprechen gemäß die Gläubiger zu befriedigen.“

⊕ München, 15. Dezember. Der hier seit vier Jahren bestehende jüdische Studentenverbindung „L i c a r i a“ hatten mehrere hiesige Herren eine Fahne gestiftet, deren Weihe kürzlich in solenner

Weise vollzogen wurde. Herr Michael Nußbaum überreichte die Fahne mit dem Bibelworte „Isch al diglau, Jeder halte zu seiner Fahne!“ Die Weiherede hielt Herr Rabbiner Dr. Werner. — Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ berichten, hat der Rabbiner Dr. Goldberg in Polna gegen den hiesigen antisemitischen Redakteur Ludwig Wenng Privatklage erhoben, weil dieser ihn in einem Artikel der Nr. 43 des „Deutschen Volksblattes“ der Theilnahme an dem Morde in Polna beschuldigte.

Wegen zweier Artikel über den „Ritualmord von Polna“ hatten Redakteur Wenng vom „Deutschen Volksblatt“ und Schoy vom „Bayrischen Vaterland“ Strafbefehle über 50 Mark auf Grund des Groben Unfugs-Paragraphen erhalten. Am 30. Novbr. verhandelte das Schöffengericht über den dagegen eingelegten Einspruch. Schoy war nicht erschienen, hatte jedoch den Herausgeber des Blattes, Dr. Sigl, als Vertheidiger geschickt. Das Gericht ließ ihn jedoch nicht zur Vertheidigung zu mit der Begründung, es sei offenes Geheimniß, daß Dr. Sigl der thatsächliche Leiter des „Vaterland“ sei, ohne dessen Wissen derartige Artikel sicherlich nicht Aufnahme fänden; er erscheine demnach als der Mitschuld verdächtig und zur Vertheidigung nicht geeignet. Obwohl das Gericht ihm noch eine hinreichende Frist zum persönlichen Erscheinen setzte, kam Schoy doch nicht, wie Sigl erklärte, weil er nicht fähig sei, selbst seine Sache zu führen. — Man sieht daraus, wie wenig Fähigkeiten dazu gehören, das „Bayr. Vaterland“ zu redigieren oder wenigstens als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen. — Wenng mußte, nachdem das Gericht schon im Vorverfahren seine Beweisangebote, durch die er das Vorliegen eines Ritualmordes im Fall von Polna hatte darthun wollen, als für die Sache belanglos abgelehnt hatte, seine Vertheidigung darauf beschränken, zu sagen, er habe nicht von allen Juden behauptet, daß sie dem Ritualmord anhängen, sondern nur von bestimmten Sekten, und nur gegen diese hätten sich seine Angriffe und die Aufforderung zur Vertreibung aus Deutschland gerichtet. Das Gericht nahm jedoch an, daß die Artikel allen, auch den deutschen Juden Mitschuld und Theilnahme an Ritualmorden vorwerfen und daß dadurch weite Kreise außerhalb des Judenthums beunruhigt würden. Es rügte scharf das Vorgehen Wenng's, die fehlenden Beweise für das behauptete Vorkommen von Ritualmorden durch brutales und wüstes Geschrei zu ersetzen, das die gleichberechtigten Ueberzeugungen jener Millionen verletze, die nicht an Ritualmorde glauben. Die gesetzlich ausgesprochene politische und bürgerliche Gleichstellung der Juden gebe ihnen ein Anrecht auf Schutz gegen derartig maßlose Angriffe, die hart an den Thatbestand der Aufreizung zum Klassenhaß grenzen.

Der Gemeinderath Lucian Brunner in Wien hat einen Rechtsanwält in München beauftragt, gegen die Redaktion des „Bayrischen Vaterland“ Klage zu stellen, weil dieselbe ihm die Christen beleidigende Worte in den Mund gelegt hat.

Am 13. Dezember hielt der hiesige „Christlich-deutsche Frauenbund“ eine Versammlung ab, in welcher der „Vaterlands-Redakteur“ Dr. Sigl einen kurzen Vortrag über „Christenpflichten zur Weihnachtzeit“ hielt. Diesem Genuß ging eine einstündige Rede Ludwig Weng's über den gleichen Gegenstand voraus. Die beiden Reden unterschieden sich nur nach Ton und Ausdehnung. Dem Inhalte nach waren beide nur Variationen über das Thema: „Kauft nicht bei Juden!“ Nachdem diese „Pflicht“ nach allen Seiten ausgelegt worden war, wurde noch kräftig für das „Deutsche Volksblatt“, das „Bayr. Vaterland“ und den „Frauenbund“ agitiert und dann die beifallslustige Hörerschaft entlassen.

† Nürnberg, 15. Dezember. Am 26. d. M. findet in München eine Versammlung Bayerischer Armen-Vereine statt, um anschließend an die vorige Versammlung die Konstituierung der Verbandsklassen dieses Kreises festzusetzen, Statuten zu berathen u. s. w. Der Fürther Central-Verein, an welchen neun Orte angeschlossen sind, arbeitet nun mehr denn 25 Jahre und kann als Musteranstalt gelten; die in Berlin im Oktober vorigen Jahres gemachten Vorschläge und seitdem gesammelten Erfahrungen sollen besprochen werden und erstere weitere Ausdehnung erhalten. Der Bayerische Landesverein versendet die Einladungen an bayerische Rabbiner und Armen-Unterstützungs-Vereine (Vorstände); es ist zu wünschen, daß alle Eingeladenen erscheinen. Allgemein hat die Ansicht Platz gegriffen, daß die Verbände sich nicht allzuweit erstrecken sollen, deshalb hat Frankfurt einen Südwestdeutschen Verband gegründet; auch in Württemberg will man demnächst Verbände gründen. So wird nach und nach der engere Anschluß stattfinden und die allgemeine Reorganisation der Wanderbettelei vorgenommen werden können. Der D.-F. G.-B. wird die Aufgabe haben, an den Grenzstationen Mittel und Wege zu finden, damit wir in Zukunft weniger von Zuzügen galizischer und russischer Bettler heimgesucht werden. — Der Posten eines Friedhofsgärtners soll hier am 1. April n. J. durch einen jüdischen Gärtner besetzt werden. Wenn dieser Vorgang Nachahmung findet, wird es den jüdischen Gärtnergehilfen leichter als bisher werden, eine Unterkunft zu erlangen.

‡ Regensburg, 4. Dezember. Das hier erscheinende jüdische Blatt „Die Laubhütte“ widmet einem edlen katholischen Priester einen

Nachruf, in dem es heißt: „In Guggenthal bei Salzburg ist am 21. November der Konsistorialrath Joseph Schöpf, der vormals Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechtes an der theologischen Fakultät in Salzburg war, im Alter von 78 Jahren gestorben. Er war eine wissenschaftliche Autorität in seinem Fache und hat auch ein großes Lehrbuch des Kirchenrechtes verfaßt. Zugleich zeichnete er sich durch seine milde und tolerante Gesinnung und durch sein wohlthätiges Wirken aus. Konsistorialrath Schöpf war auch ein entschiedener Gegner des Antisemitismus, mißbilligte ihn gerade vom katholischen und kirchlichen Standpunkte aus und hat die antisemitische Agitation in Wort und Schrift offen bekämpft. Möge er eingehen in den Bund der ewigen Seligkeit!“

× Darmstadt, 8. Dezember. Der ordentliche Professor an der hiesigen technischen Hochschule, Dr. Siegmund Gundelinger, erhielt den Charakter als Geheimer Hofrath.

× Mainz, 14. Dezember. In den städtischen Schulpfortand, in welchem seither nur die katholische und die evangelische Geistlichkeit vertreten war, werden zufolge Verfügung der Regierung nunmehr auch der israelitische und freireligiöse Geistliche als stimmberedtigte Mitglieder eintreten.

× Schwerin i. M., 17. Dezember. Der in Sternberg versammelte Landtag der beiden Großherzogthümer Mecklenburg beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Schächtverbot. In der Berathung wurde mehrfach Bezug genommen auf das Gutachten der Großherzoglichen Medizinalkommission und des Veterinäraths Peters in Schwerin, wonach das Schächten keine Thierquälerei ist und durch den Halschnitt ohne vorherige Betäubung der schnellste und schmerzloseste Tod gesichert wird, während zur Anwendung der Schlachtmaske eine geübte Hand gehört. Der General der Infanterie z. D. Bronsart v. Schellendorf und andere Redner traten lebhaft gegen den Erlaß eines Schächtverbots ein. Der Landtag beschloß, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

× Wien, 12. Dezember. Der Redakteur des „Deutschen Volksblattes“, August Schreiber, wurde gestern wegen Preßvergehens, begangen durch mehrere Aufsätze über den Polnaer Mord, zu einem Monat Haft verurtheilt.

Dem „Wiener Tagblatt“ wird aus dem Dorfe Nivra, Bezirk Brzeczow bei Skala (Galizien) geschrieben: „In unserm Dorfe stand seit undenklichen Zeiten ein Kreuz in der Nähe eines Hauses, das von Israeliten bewohnt wird. In der Nacht

zum 17. November wurde dieses Kreuz zerstört. Als sich die Nachricht verbreitete, verstand man es, den Verdacht auf die Einwohner des erwähnten Hauses zu lenken. In Folge dessen entstand unter den Bauern eine Gährung, während sich unter den jüdischen Familien Schrecken verbreitete; hieß es doch, daß der Beschluß gefaßt worden sei, alle Juden in Mirra niederzumetzeln. Diese wandten sich an den Gendarmerie-Postenführer Gacif. Demselben gelang es, die Räubersführer von ihrem Plan abzubringen und sie zu veranlassen, die Sache dem Gerichte zu übergeben. Die Gährung aber dauerte fort, sie ergriff auch die benachbarten Dörfer Germafowka, Joania, Pusta und Bajesia, so daß jeden Moment der Ausbruch von Judenereignissen erwartet werden mußte. Einem Zufalle ist es zu danken, daß das schändliche antisemitische Komplott enthüllt wurde. Am 21. v. Mts. war nämlich unter den Eheleuten Mikoly Guszczak ein Streit entstanden, in dessen Verlauf die Frau geprügelt worden war. Aus Wuth über diese Rohheit begab sie sich zu dem Gemeindevorsteher und theilte demselben mit, daß ihr Mann das Kreuz zerstört habe. Er sei Antisemit und wollte auf diese Weise eine Heze gegen die Juden arrangieren. Als Guszczak von der Denunziation seiner Frau und seiner bevorstehenden Verhaftung erfuhr, flüchtete er nach Rußland.“ — Es wird gut sein, diese Geschichte im Gedächtniß zu behalten, weil sie einen Einblick in die Art gestattet, wie Judenhezen gemacht werden.

Paris, 13. Dezember. Wegen Verleumdung des Dreyfus-Vertheidigers, Labori, ist hier gestern von dem französischen Korrekionsgericht das antisemitische Hezblatt Drumonts, die „Libre Parole“ zu einer Geldstrafe von 2000 Francs, zu einem Franc Schadenersatz und zur Veröffentlichung des Urtheils in 40 Pariser und 200 Provinzblättern verurtheilt. Die Begründung des Urtheils war äußerst scharf.



Vereinsnachrichten.

Die allgemeine Versammlung des Central-Vereins, welche am 21. Nov. im Saale der Neuen Philharmonie bei C. Keller, Berlin SO., Köpenickerstr. 96/97, abgehalten wurde, war so zahlreich besucht, daß der weit über 1000 Personen fassende Saal nahezu gefüllt erschien. Nachdem der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Dr. H o r w i z die Erschienenen begrüßt und die Versammlung eröffnet hatte, erhielt Herr Schriftsteller Robert Schweichel das Wort zu seinem Vortrage über: „Johann Jacoby.“ In ergreifenden Zügen schilderte der Redner das Leben und Wirken des einer jüdischen Familie in Königsberg i. Pr. entsprossenen charaktervollen deutschen Volksmannes, dessen „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“ wie ein mächtiger Beckruf weithin Widerhall fanden und der dann in Schrift und Wort, besonders aber in verschiedenen parlamentarischen Körperschaften und in Wählerversammlungen, mit seltenem Muth und zäher Beharrlichkeit für die Achtung des Volkswillens und die Ausbildung des Rechtsstaates eintrat, wiederholt deshalb des Hochverraths angeklagt, aber ebenso oft freigesprochen wurde. Durch die sogenannte „Neue Aera“ in das politische Leben zurückgeführt, nahm Jacoby bei den Verfassungskämpfen des Jahres 1863 mehr und mehr eine Stellung ein, welche ihn schließlich in der eigenen Partei gänzlich vereinsamen ließ. Im Jahre 1872 bekannte er sich zur Sozialdemokratie, nahm aber das von dieser Partei ihm angebotene Reichstagsmandat nicht an, sondern blieb von da ab bis zu seinem am 6. März 1877 in Königsberg erfolgten Hinscheiden dem öffentlichen Leben fern. Seine letzte schriftstellerische Arbeit war das in der von Guido Weiß herausgegebenen Zeitschrift „Die Waage“ veröffentlichte freigeistige Bruchstück „Zur Kulturfrage“. Mit ihm schied ein wahrhaft freier Mann, ein Weiser und ein Held, dessen Grabstätte, wie der Rabbiner Dr. Bamberger an Jacoby's Sarge ausführte, einen Wallfahrtsort für alle Freiheitsfreunde für Gegenwart und Zukunft darstellt. — Lebhafter Beifall belohnte den Redner, der, selbst ein geborener Königsberger, den großen ostpreußischen Volksmann noch persönlich gekannt hat, und deshalb berufen schien, sein Gedächtniß in so tiefempfundener Weise zu feiern. Im Namen des Vorstandes dankte hierauf der V o r s i z e n d e dem Vortragenden dafür, daß er in so trefflicher Art das Bild eines ganzen Mannes

gezeichnet habe, dessen hervorragende Eigenschaft, Männerstolz vor Königsthronen, gerade in der Jetztzeit besonders hervorzuheben sei. — Sodann ging der Vorsitzende zu ^{den} g e s c h ä f t l i c h e n Mittheilungen über und berichtete zunächst über den mißglückten Versuch der Antisemiten, ihren entschiedensten Parteimännern unter der Maske der Parteilosigkeit Stadtverordneten=Mandate zu verschaffen. Es sei zu wünschen, daß der einzige antisemitische Stadtverordnete Breßel im Rothen Hause vereinsamt bleibe, daß aber auch den kräftigen Worten, mit welchen der Bürgermeister Kirchner ihm gegenüber die Stellung des Magistrats gefennzeichnet habe, künftig die Thaten entsprächen. Der Vorsitzende äußerte sich dann über den Rücktritt Bodeck's von der politischen Agitation, über die Auseinandersetzungen zwischen der „Staatsbürger-Zeitung“ und Liebermann von Sonnenberg, die Reichgerichtsentcheidung bezüglich der den Verbreitern der Pöckler-Rede zubilligten Strafen, den Civilprozeß des Magistrats zu Frankfurt a. M. gegen den antisemitischen Gastwirth Laaß und über das bedauerliche Ende des ehemaligen Reichsgerichtsraths Mittelstädt, eines hochbegabten Juristen, der s. Z. in einer fachmännischen Schrift den Fall Dreyfuß unbefangenen beleuchtete. Um einem ausdrücklichen Wunsche des Herrn Sigmar Mehring zu genügen, der aus Anlaß der Erwähnung eines vielbesprochenen Uk-Gedichts in einer früheren Central-Vereins-Versammlung auf Grund falscher Information irrtümlich als Christ bezeichnet wurde, erklärte der Vorsitzende, daß Herr Sigmar Mehring Dissident sei. Der „Germania“, welche offenbar von der damaligen Erklärung befriedigt war, ist ein anderer Irrthum widerfahren, indem sie den Vorsitzenden des Central-Vereins-Vorstandes mit dem Justizrath Dr. Horwitz verwechselte und ersterem eine Anerkennung zollte, welche derselbe als eine nicht ihm persönlich geltende, sondern dem Verein gebührende bezeichnete. Bei den Beratungen der Brandenburgischen Synode sei das Thema der Judentaufen berührt worden, deren Zahl sich in den letzten drei Jahren nur auf 52 belief und das Gerede von den „Massentaufen“ keineswegs rechtfertigt. Der Vorsitzende wollte dahingestellt sein lassen, ob dem Vereine, der das Selbstgefühl und die Charakterfestigkeit der deutschen Juden zu kräftigen strebt, dabei ein Antheil an dem Verdienst zuzusprechen sei, die Fahnenflucht vermindert zu haben, knüpfte aber daran die Aufforderung zum eifrigeren Werben für den Verein. Dieser habe übrigens neuerdings wieder durch zahlreiche Anmeldungen von nah und fern Beweise dafür empfangen, daß seinem Wirken die verdiente Würdigung mehr und mehr zu Theil werde. — Nach Eröffnung der freien Aussprache meldete sich

Herr Apotheker Löwenstein zum Wort, und machte den Versuch, eine Resolution gegen die bekannten parodistischen Citate des Herrn Dr. Preuß zu provozieren; er wurde aber von dem Herrn Vorsitzenden darauf hingewiesen daß die Stellung des Vereins zu dieser Angelegenheit genügend gekennzeichnet sei. Der Verein mißbillige selbstverständlich das Travestieren jüdischer Bibelworte und christlicher Kirchenlieder. Nicht minder aber müsse der Verein nach der loyalen Erklärung des Herrn Dr. Preuß die zu dem begangenen Fehler in gar keinem Verhältnisse stehenden Folgen einer solchen unbedachten Aeußerung beklagen, zumal die Annahme nicht ausgeschlossen sei, daß man den Urheber aus anderen Gründen als wegen eines solchen Bergreifens im Ausdrucke habe treffen wollen. Nach dem offiziellen Schluß der Versammlung erfolgten wiederum zahlreiche Anmeldungen neuer Mitglieder.

Der Besuch der im Saale des Hotels Saxonica am 11. Dezember abgehaltenen Versammlung der in Berlin w. w. ohnenden Centralvereins-Mitglieder litt empfindlich unter der Ungunst der Witterung und der durch dieselbe verursachten allgemeinen Verkehrsstörungen. Der Vorsitzende, Herr Dr. jur. et phil. Karl Koehne, drückte deshalb bei der Eröffnung der Versammlung den trotz dieser Hindernisse Erschienenen herzlichen Dank aus und erteilte dann Herrn Rittergutsbesitzer Ludwig Cohn das Wort zu dem Vortrage „Reiseplaudereien aus Galizien“. Der Redner schilderte in fesselnder Weise seine Erlebnisse auf einer Reise, welche er im Auftrage der „Jewish - Colonization - Association“ unternommen, um Land und Leute in Galizien kennen zu lernen und sich gutachtlich darüber äußern zu können, ob es möglich und rätlich sei, jüdische Knaben in Galizien für die Landwirthschaft zu erziehen, und ob und wo es lohne, zu diesem Behufe Ackerbauschulen zu errichten. Der Bericht über die Verhandlungen in Wien, welche dieser Studienreise vorausgingen, die Ankunft in Kolomea, die Besichtigung der dortigen Cheder-, Thora- und Baron Hirsch-Schulen und die Beobachtung der gewerblichen Verhältnisse in Kolomea, Stanislaw u. a. D. zeigten, mit welcher Hingebung der Vortragende die ihm gestellte Aufgabe zu lösen versucht hat. Die sich anschließende ergreifende Schilderung der traurigen Lage der jüdischen Bergleute in Borislav zeigte nicht nur das Elend dieser ärmsten Glaubensgenossen, sondern auch die mißliche Lage der gesammten etwa 800 000 Seelen umfassenden jüdischen Bevölkerung Galiziens, von der fast 70 Prozent mittellos find. Die Gründe für

diese Verarmung sind darin zu suchen, daß Galizien ein industrie-
armes Land ist, daß die Landwirthschaft dort sich im rapiden Nieder-
gange befindet, der durch schlechte Wirthschaft tief verschuldete Adel
(die Schlächta) die Propination zwar an sich gerissen, aber meist
wieder theuer verpachtet hat, der Jude aber weder als Pächter noch
als Händler mehr zu Wohlstand gelangen kann. Die galizische
jüdische Jugend zur Bodenkultur und zum Handwerk überzuführen,
ist deshalb eine Nothwendigkeit; dieses Werk ist um so aussichtsvoller,
als die Mehrzahl der Knaben eine wunderbare Fassungsgabe und
Bildungsfähigkeit besitzt und nur durch die Verwahrlosung der Er-
ziehung bisher vielfach erwerbsunfähig blieb. So weit die trotz des
Widerstandes einzelner Verblendeter durch die rastlose Energie des
Dr. Friedländer und die Munificenz des Baron Hirsch eingerichteten,
neuzeitlichen Schulen Tausenden von Knaben eine bessere Erziehung
verschaffen, sind bereits staunenswerthe Erfolge erzielt worden. Die
Errichtung neuer Ackerbauschulen, welche in Ostgalizien auf dem nach
dem Gutachten des Vortragenden für 350 000 Gulden preiswürdig
erworbenen fürstlichen Komplex, geplant ist wird weitere
segensbringende Folgen haben. Vor allem wäre zu wünschen, daß
die angesehensten jüdischen Kreise in Wien diese Bestrebungen nicht
nur mit Kapital, sondern auch mit ihrem bedeutenden Einfluß unter-
stützen, um die autonome Regierung in Galizien zu einer wohl-
wollenderen Haltung zu veranlassen. Den dortigen armen Glaubens-
genossen, von denen so viele durch das häusliche Elend gezwungen
werden, Hilfe in Deutschland zu suchen, könnte dann Rettung in
ihrer Heimath werden durch Schulen, durch Anleitung zum
Handwerk und zum Ackerbau. Einem solchen Rettungs-
werke würden auch sicher die Sympathien und die thatkräftige Hilfe
der Juden Deutschlands und aller Kulturvölker nicht fehlen. —
Reicher Beifall folgte diesen Ausführungen und auf Anregung des
Vorsitzenden gab die Versammlung ihrem Danke durch
Erheben von den Sitzen weiteren Ausdruck. Da zur Diskussion
niemand das Wort verlangte, wurde hierauf die Versammlung ge-
schlossen.

Am 10. Dezember fand in Siegnitz eine Versammlung der
dortigen Mitglieder des Central-Vereins statt, in welcher das
Vorstandsmitglied Herr Dr. Otto Wiesenthal aus Berlin einen Vortrag hielt. Herr Heinrich Cohn, Vor-
sitzender des dortigen Synagogen-Gemeinde-Vorstands, eröffnete und
leitete die Versammlung. Nachdem er die zahlreich erschienenen
Damen und Herren, sowie den Herrn Vortragenden begrüßt hatte,

wies er in längerer Auseinandersetzung nach, daß der Central-Verein nicht nur Existenzberechtigung habe, sondern eine Nothwendigkeit sei und daß dies der Fall, sei ebenso zu bedauern, wie, daß der Verein nicht schon vor 20 Jahren gegründet wurde. Vieles habe der Verein erreicht und noch mehr könne er erreichen, wenn sämtliche deutsche Juden demselben angehören würden. Wohl vertrete derselbe bereits über 50 000 deutsche Juden, aber immer stehe ein nicht unwesentlicher Bruchtheil in Verkennung seiner eigensten höchsten Interessen dem Vereine noch theilnahmlos gegenüber. Auch in Liegnitz gebe es noch Gemeindemitglieder, welche dem Central-Verein noch nicht beigetreten seien, und an diese richtete Herr Cohn das dringende Ersuchen, das Versäumte nachzuholen. Hierauf erhielt Herr Dr. D. W i e s e n t h a l das Wort und sprach über das Thema: „Der Antisemitismus und seine Bekämpfung.“ Der über eine Stunde währende, wiederholt von Beifall unterbrochene, höchst anregende Vortrag schloß ebenfalls mit einem Mahnruf zum Beitritt. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen, und die Versammlung bezeugte ihre Anerkennung durch Erheben von den Plätzen. In der hierauf eröffneten freien Aussprache interpellierte Herr Kaufmann W i t t e n b e r g Herrn Dr. W i e s e n t h a l über die Stellung des Central-Vereins zu dem Zionismus. Die Antwort lautete, daß schon in dem Namen des Central-Vereins d e u t s c h e r Staatsbürgern jüdischen Glaubens die Stellung des Vereins zum Zionismus klargestellt sei. Wir sind d e u t s c h e Juden, haben ein Vaterland, lieben dasselbe und empfinden auch nicht das geringste Verlangen nach einem anderen. Hierauf entgegnete Fräulein Sachs in sehr gewandter und mit Begeisterung vorgetragener Rede, daß der Zionismus sich sehr wohl mit echter Vaterlandsliebe vereinige und lediglich den aus dem Osten vertriebenen und geächteten Glaubensgenossen eine neue Heimath im Lande unserer Väter gründen wolle. Herr Dr. M o s e s hob mit der ihm eigenen Beredsamkeit hervor, daß ein Gegensatz zwischen dem Zionismus und dem Central-Verein ausgeschlossen sei, wenn der Zionismus die Verbesserung der Lage nicht-deutscher Juden hauptsächlich im Auge habe. Auch dieser Redner trat warm für die Ziele unseres Vereins ein. Sodann schloß Herr Cohn die Versammlung mit wiederholtem Ausdruck innigsten Dankes für Herrn Dr. Wiesenthal; die Versammlung stimmte durch lauten Zuruf bei. Eine Anzahl neuer Mitglieder trat dem Vereine bei, so daß Liegnitz jetzt mehr denn 100 Mitglieder zählt.

Die nächste allgemeine Central-Vereins-Versammlung soll am 8. Januar 1900 im großen Saale des H ö t e l

Imperial (Berolina-Schlaraffia) Berlin SW., Endeplatz 4 und 4a abgehalten werden. Für diese Versammlung hat der Kammergerichtsrath a. D., Herr Geh. Justizrath Ernst Wichert, einen Vortrag über „Biblische Dramenstoffe“ gefälligst zugesagt. In seinen soeben unter dem Titel „Richter und Dichter“ erschienenen Memoiren nimmt derselbe in wahrhaft wohlthuernder Weise gegen den Antisemitismus Stellung, denn er schreibt wörtlich (S. 28 ff.): „. . . So entsteht mitten im Frieden ein gesellschaftlicher Kriegszustand, dessen Ende nicht abzusehen ist und unter dem jeder leidet. Das scheint mir die Signatur dieses letzten Viertels des Jahrhunderts zu sein. Es ist dabei noch nicht einmal an die widerwärtigste Verirrung der Neuzeit im Antisemitismus gedacht. Von allem, was ich erlebt habe, ist mir dieser Rückgang des humanen Geistes der Nation zur engherzigsten Unbulsamkeit das traurigste. Die Emanzipation der Juden zu Anfang und bis zur Mitte dieses Jahrhunderts bedeutet einen Kulturfortschritt.“

A. L.



Briefkasten der Redaktion.

E. N. J. M. G. J. u. a. m. Berlin. Wir haben allerdings wiederholt gehört, daß in Singspielhallen und ähnlichen Etablissements auf Kosten des Judenthums ungehörige Wiße gemacht werden. Auf die bezüglichen vielfachen Anfragen können wir nur den einen Rath geben, solche Etablissements zu meiden, in welchen Kouplets wie „eine koschere Nation“ zum Vortrag gelangen.

D. S. Berlin. Wegen dieser Briefkasten-Notiz der „Staatsbürger-Zeitung“ brauchen Sie sich nicht aufzuregen. Dort heißt es: „Uebrigens giebt es keine jüdische Religion und keinen jüdischen Glauben, sondern höchstens eine mosaische Religion oder einen mosaischen Glauben. Die Juden sind doch ein Volk, wie die Franzosen, Engländer u. Völker sind. Ebenfowenig nun, wie man von einer französischen oder englischen Religion, sondern nur von einer christlichen Religion spricht, ebenfowenig kann man von einer jüdischen Religion oder jüdischem Glauben sprechen. Daß dem „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ diese Erkenntniß mangelt, beweist nur daß er schon in der Anlage verfehlt ist.“ — Wenn unser Verein sich einen „Central-Verein deutscher Staatsbürger mosaischen Glaubens“ nennen würde, dann würde die „Staatsbürger-Zeitung“ wahrscheinlich sagen, daß wir uns schämen, Juden zu sein!

D. N. Berlin. Für die Glaubwürdigkeit der Berichte der „Deutschen Tageszeitung“ haben wir einen neuen schlagenden Beweis erhalten. Das Organ des „Bundes der Landwirthe“ brachte am 30. November folgende Notiz:

N. Straßburg i. El., 28. November. Ein „feiner Monturs“. Ein gewisser Fehlaue eröffnete vor etlichen Jahren hier ein offenes Ladengeschäft. Im ersten Jahre seiner kaufmännischen Thätigkeit schloß Fehlaue mit einem Reingewinn von 107 000 M. ab; im darauf folgenden Jahre meldete der brave Mann seinen Konkurs an; es standen einer Passivmasse von 420 000 Mark Aktiva im Betrage von 83 000 Mark gegenüber. Der Konkursverwalter hat festgestellt, daß sich die Passiva heute auf 750 000 Mark belaufen! Die Regulierung des Konkurses wird eine ziemlich lange Zeit erfordern, denn man muß erst abwarten, bis alle „Gefälligkeitswechsel“ präsentiert sein werden! Schon jetzt werden 50 Leute, die solche Wechsel unterschrieben haben, civilrechtlich verfolgt und sind mit anderen Worten ein-

sach ruiniert! Der jüdische Bankerotteur aber läßt sich kein graues Haar wachsen, er hat seine Schulden abgeschüttelt, wie der Hund die Flöhe und wird demnächst ein neues Geschäft eröffnen — wahrscheinlich unter dem Namen seiner Frau Gemahlin!

Von einem Straßburger Gewährsmann, dessen hochgeachtete Stellung in der Handelswelt für seine Zuverlässigkeit bürgt, erhielten wir über diesen Fall nachstehende, die Zuverlässigkeit der agrarisch-antisemitischen Berichterstatter grell beleuchtende Auskunft:

S. Straßburg i. El., 6. Dezember. F e l h a u e r ist niemals Jude gewesen, auch hat derselbe — ich kenne F. seit seinem Hiessein — weder ein Detail-Geschäft betrieben, noch war er früher hier in Konkurs. Meines Wissens hat er sich erst hier als relativ junger Mann selbstständig gemacht. Wichtig ist, daß F. in Konkurs ist; die Passiven sollen etwa 900 000 M. betragen, während fast alle Aktiven einer hiesigen Bank gesichert sein sollen. F. ist Mehl- und Fruchthändler und hat eine gewisse Zahl von Wäckern und Müllern durch Gefälligkeitsaccepte theils in Konkurs, theils in empfindliche Situationen gebracht. Genau es läßt sich heute noch nicht sagen, denn es schweben noch Prozesse. Felhauer's Frau führt laut öffentlicher Bekanntmachung auf ihren Namen das Geschäft weiter.

A. B., Posen. Nach Ihrer ausführlichen Darlegung erscheint uns das Verhalten der jüdischen Studenten in einem andern, bessern Lichte. Aus der Fassung der Erklärung war aber nicht zu entnehmen, daß das Wort „wissenschaftlich“ nur ironisch gemeint gewesen. Jedenfalls gereicht es uns zur Befriedigung, daß Sie unsern Standpunkt als einen berechtigten anerkennen.

D. M., Berlin. Die Modell-Angelegenheit geht uns nichts an. Herr August Sternberg ist Katholik, was die agrarisch-antisemitische „Deutsche Tageszeitung“ allerdings nicht hindert, ihn als einen „jüdischen“ Bankier zu bezeichnen.

G. R., Berlin. Wenn das von der „Staatsbürger-Ztg.“ geschilderte traurige Loos des Taxameter-Erfinders Ihr Mitleid erweckt, so erkundigen Sie sich doch vor allem erst nach dem Namen des angeblichen „jüdischen Kapitalisten“, dem der bedauernswerthe Konstruktor Otto Schneider, Schönebergerstr. 7, in die Hände gefallen sein und der ihn dann im Stiche gelassen haben soll. Die „Staatsbürger-Ztg.“ sagt in dem beweglichen Hilferufe wörtlich: „Auch hier wieder das alte Lied: Der Erfinder kann im Glend verkommen; irgend ein jüdischer Kapitalist aber verwerthet dann seine Erfindung und zieht den Gewinn daraus.“ Das Antisemitenblatt verwerthet also die Nothlage des armen Erfinders, um gegen die jüdischen Kapitalisten Erbitterung zu erregen,

nennt aber weislich den Betreffenden nicht und erläutert auch nicht, warum Herr Schneider sich nicht damals an einen der „antifeminitischen Kapitalisten“ gewandt hat, deren Menschenfreundlichkeit und Uneigennützigkeit nach der „Staatsbürger-Stg.“ doch außer allem Zweifel stehen!

P. L., Berlin. Die Antisemiten-Presse hat mit dem Ressort „Kunst und Literatur“ entschiedenes Pech. Ein Salzburger Gesinnungsgenosse des Wiener Antisemitenblattes, welches Grillparzer zum Verfasser des Dramas „Der Kaufmann von Venedig“ machte, wurde durch die Aufführung von Max Dreyer's „Großmama“ zu einem ähnlichen Geniestreich verleitet. Das „Salzburger Tageblatt“ schreibt nämlich: „Wie die „Großmama“ dieses jüngsten Literaturhebräers dazu kam, am Hoftheater in Berlin aufgeführt (dies war gar nicht der Fall; es wurde im „Lessing-Theater“ gegeben) und am Hofburgtheater in Wien zur Aufführung angenommen zu werden, welche Hintertreppen und Protektionspfade hierzu benutzt wurden, wissen wir nicht. . . . So etwas Jämmerliches, Albern-Langweiliges und dabei Aufdringliches von einem jüdischen Machwerk ist uns noch nicht vorgekommen, und wir haben auf dem orientalischen Literaturandelmarkt doch schon vieles erlebt. . .“ Der Literatur-Antisemit aus Salzburg wird von der Redaktion des „B. B.-G.“ belehrt, daß Max Dreyer ein blonder, blaueugiger Arier ist, einst sogar Redakteur der vom Antisemitismus wahrlich nicht freien „Tägl. Rundschau“ war. . . .

B. M., Schöneberg. Die Schöneberger Radfahrer-Vereinigung 1897 (Vorsitzender Albert Penzlin, Schöneberg, Hauptstr. 150) ladet zu der Freitag Abend stattfindenden geselligen Zusammenkunft im Klubheim, Steinmehstr. 74, bei Lemm, Gäste, Damen und Herren, sowie radelnde Ehepaare ein, fügt aber hinzu: „Staatsbürger“ mosaïschen Glaubens wollen fern bleiben. — Am Freitag Abend werden dieselben allerdings anderwärts besser am Platze sein.

A. G. Magdeburg. Der Ausfall der Stadtverordnetenwahl in Swinemünde wird selbstverständlich von der antisemitischen Presse als ein Erfolg ihrer Sache dargestellt. So liegen die Dinge aber durchaus nicht. Es sind allerdings dort in der dritten Abtheilung 2 Kandidaten des Antisemitenvereins durchgekommen, hingegen in der zweiten Abtheilung 3 Liberale und nur 1 Antisemit, in der ersten Abtheilung 3 Liberale. In Swinemünde ist die Antisemiten-Gesellschaft sehr zusammen geschmolzen. Ihr Haupt-

anführer, der Baurath Blankenburg, wird steckbrieflich verfolgt, der zweite Anführer hat eine Strafverurteilung erhalten.

W. N. Altona, Das dortige Antisemiten-Organ, Golle's „Deutsches Blatt“, behauptete ohne allen Grund, daß „der Freisinn und mit ihm das Judenthum“ im Berliner Rathhause in Folge „eines Wahlsystems herrsche, das jeder Gerechtigkeit spottet.“ Es schrieb ferner: Die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung vollziehen sich nach Klassen und zwar so, daß 631 Wähler erster Klasse ein 442 mal größeres Wahlrecht haben, als die der dritten Klasse, die 7742 Wähler zweiter Klasse sind in ihrem Wahlrecht elfmal schlechter gestellt als die der ersten Klasse. Den zusammen 8373 Wählern der ersten und zweiten Klasse stehen 305 521 Wähler in der dritten Klasse gegenüber. Ein solches, dem Geldsack dienendes Wahlrecht hält der Freisinn heute noch aufrecht. Warum? Weil er dabei regiert! Ueber das ähnliche Wahlrecht zum preussischen Landtag, bei welchem der Liberalismus schlecht abschneidet, erhebt er dagegen Peter und Morbio.“ — Die Dinge liegen ganz anders: erstens wünschen die freisinnigen Stadtverordneten Berlins durchweg eine Aenderung des Wahlsystems und zweitens danken von den 28 Stadtverordneten jüdischen Glaubens ihr Mandat nur 15 den Wählern 1. Klasse, wogegen 7 in der 2. und 6 in der 3. Klasse gewählt worden sind. Von den letzteren 6 gehören 4 der sozialdemokratischen Partei an.

D. N., München. Daß Dr. Sigl's „Bayrisches Vaterland“ den kürzlich verstorbenen sächsischen Antisemiten Dr. Moriz Busch zum Juden macht, ist urkomisch. Dr. Sigl hat offenbar die judenfeindlichen Artikel nicht gelesen, welche Busch 1885 in Buchform unter dem Titel „Israel und die Gojim“ herausgegeben hat. Er weiß auch nicht, daß Fürst Bismarck den Dr. Busch einmal darüber zur Rede gestellt hat, daß derselbe seine Aeußerungen über die Juden „unter dem Tisch notiert und entweder falsch wiedergegeben oder ihnen einen Sinn beigelegt hat, den sie nicht hatten“. Wenn der selige Busch nicht davor sicher war, posthum zum Juden gemacht zu werden, dann riskieren wir, daß man uns einmal auch noch Herrn Dr. Sigl an die Rockschöpfe hängt und das wäre das Traurigste — für die Juden!

W. L., Dresden. Die antisemitische Presse lamentiert über den Bescheid des Ministers des Innern vom 18. November 1899, die behördliche Genehmigung der Umwandlung des Namen „Schmuhl“ in „Steinhardt“ betreffend. Die „Deutsche Wacht“ haucht ihren Schmerz sogar in einem Gedicht aus, das folgende Strophe enthält:

Der Name Schmuhl — schön ist er nicht;
Dies zu gesteh'n, ist Christenpflicht.
Ein fein'rer Name, Schmuhl, sei Dein,
Doch — muß es grad' ein deutscher sein?

Daß es u. A. in Magdeburg einen jüdischen Lehrer M. Steinhardt giebt, der nicht nur selbst diesen Namen vor dem ministeriellen Bescheid getragen, sondern dessen Familie den Namen schon lange geführt und nie Schmuhl geheißen hat, braucht die „Deutsche Wacht“ nicht zu wissen. Das aber könnte sie wissen, daß es in Sachsen einen sehr bekannten und geachteten christlichen Rittergutsbesitzer „Schmuhlauf Lauske“ (der Name — schön ist er nicht!) gegeben hat, und daß der jetzige Besitzer des Rothvorwerks in Brand in Sachsen, Schmuhl, Christ ist, seine christliche Abstammung nachgewiesen hat und der deutsch-sozialen Reformpartei wahrscheinlich nicht sehr fern steht.

N. D. Offenbach a. M. Wir hatten davon bereits Kenntniß, da der „Heidelberger Volksbote“, der bekanntlich auch in der Hirschel & Wolff'schen Zeitungsfabrik in Offenbach hergestellt wird, am 25. Nov. folgende Notiz enthielt: „Am 25. d. M. auf Großherzogs Geburtstag hielt der Flobert-Schützenverein zu Sprendlingen ein Konzert mit darauffolgendem jüdenreinen Ball ab; hierzu war thatsächlich nicht ein einziger Jude eingeladen worden. Die Sprendlinger Hebräer sind nun sehr erboßt und haßerfüllt auf die bösen Flobertschützen“. — Der Aerger wird wohl nicht allzu groß sein; wenn die bösen Schützen aber künftig etwas vorgehoffen haben wollen, sollen sich dieselben nur an die Leute wenden, mit denen sie getanzet haben.



Bücherschau.

Max Hausmeister. Die Mittel zur geistigen Hebung des Judenthums. Süddeutsches Verlags-Institut. Stuttgart 1900.

Die Darlegungen des Verfassers werden allen denen außerordentlich willkommen und interessant sein, die auf dem Standpunkt stehen, daß zur Erhaltung und Stärkung des Judenthums alle Juden gemeinsam eintreten können und müssen. Die ältere, strengere Richtung, an der viele pietätvoll festhalten zu müssen glauben, solle unangetastet fortbestehen; ebenso die neuere Richtung derjenigen, die meinen, daß die neue Zeit ein Aufgeben mancher alten Formen und eine Anpassung an veränderte Verhältnisse erfordere. Alle Richtungen, ältere und neuere, strengere und freiere, sollten aber, bald jede für sich, bald alle gemeinsam, dem idealen Ziele geistiger Hebung des Judenthums zustreben.

Ein Niedergang des letzteren sei nicht vorhanden und werde nicht eintreten. Der Verfasser weist dies mit weitem Blick und großer Sachkenntniß nach, indem er die Einfachheit, das leicht Verständliche der jüdischen Lehren erläutert und den Einfluß des Judenthums auf Völker, mit denen es in Berührung kam, und umgekehrt, von den Zeiten des alten jüdischen Reiches bis auf die heutige Zeit in großen Zügen in anschaulicher Weise kultur-historisch schildert. Der Verfasser wird dabei der hohen kulturvollen Mission des Christenthums in vollem Maße gerecht, wenn wir uns auch zu dessen Wunderglauben nicht hingezogen fühlen könnten. In dem Original möge nachgelesen werden, wie der Verfasser sich die geistige Hebung des Judenthums durch Vereine, Vorträge, Schriften denkt, wie er im Besonderen das Interesse bei der Jugend als bei denen wachrufen will, die dem Judenthum gleichgültig gegenüberstehen, weil ihnen dessen inniger Zusammenhang mit dem ganzen historischen Aufbau der Menschheit nicht dargelegt wurde und darum auch nicht klar werden konnte.

Möge die Aufforderung des Verfassers zur Zusammenfassung und Ausnutzung der vielen im Judenthum vorhandenen sittlichen und

geistigen Kräfte nicht ungehört verhallen, in einer Zeit, in der man bei der Betonung der trennenden Momente nur gar zu sehr die vielen gemeinsamen Bande vergißt! Möge der Weg, den uns der Verfasser weist, dazu beitragen, dem Antisemitismus den Boden abzugraben!

W.

Bei der Redaktion ist eingegangen:

Arnold Mann. Liebet Eure Feinde. Eine apologetische Erzählung. Verlag von J. Kauffmann, Frankfurt a. M. 1900. Preis 1,50 Mark.

Die Artikel der „Oesterreichischen Wochenschrift“ über den Blutaberglauben. Sonderabdruck aus der „Oesterreichischen Wochenschrift“. II. Auflage. Wien. Verlag der „Oesterreichischen Wochenschrift“.

Dokumente zur Aufklärung: Die Blutbeschuldigung gegen die Juden. Stimmen christlicher Theologen, Orientalisten und Historiker. Die Bullen der Päpste. Simon von Trient. Verlag von Dr. Bloch's „Oesterreichische Wochenschrift“. Wien II. Untere Augartenstraße 1a.



Eingesandt.

Es ist in der geschichtlichen und religiösen Entwicklung der Juden begründet, daß sie es nie unternahmen, für die Ausbreitung des reinen und einheitlichen Gottesglaubens bei Andersgläubigen zu wirken; es genügte ihnen, sich denselben zu erhalten und wahrlich, er allein ist es, der sie, trotz der Unterdrückung durch alle Nationen, nicht nur aufrecht erhielt, sondern ihnen auch eine über ihre Zahl hinausreichende Bedeutung gab. Da so tiefgehend war und ist diese Passivität, daß die wüthendsten Hefen und Beschimpfungen der Juden und ihrer Sittengesetze die Gelehrten oder Philosophen höchstens dazu anregten, von Fall zu Fall die falschen Behauptungen zu widerlegen. So konnte es nicht fehlen, daß — was das Betrübenste der heutigen Judenheze ist — auch die gebildeten und dem Meide unzugänglichen unter unseren christlichen Mitbürgern von einer Nichtachtung gegen das Judenthum erfüllt sind, welche allein entmuthigend auf die Anhänger desselben wirken muß, nicht der wiederholt von berufener Seite als unchristlich gekennzeichnete Meidantifemitismus, welcher uns höchstens mit Verachtung erfüllt. — Es handelt sich also thatsächlich darum, öffentlich zu erklären und unsern christlichen Mitbürgern darzulegen, daß — was aus dem Glauben an Gott an sich schon hervorgeht, — unsere Sittengesetze in nichts hinter der christlichen Moral zurückstehen und nichts gebieten oder verbieten, was uns hindern könnte, gute Bürger zu sein.

Durch immer wiederholte Belehrung darüber sollten wir uns bemühen, nicht nur eine Versöhnung der Gemüther, sondern eine gegenseitige Annäherung der religiösen Anschauungen herbeizuführen. Es ist dies eine dankbare, aber schwierige Aufgabe, denn wir haben trotz gegentheiligter Behauptungen keine Organisation, als den gemeinsamen Glauben an den einen großen Gott, welcher zwar der gerechten Sache zum Siege verhilft, — nicht aber ohne die That der dazu Berufenen.

Es mögen also diejenigen unserer Glaubensgenossen, welche sich berufen fühlen, hinausgehen in die Welt mit dem Eifer der christlichen Missionäre und zunächst im eignen Lande in Ver-

sammlungen allen, die es hören und nicht hören wollen, laut verkünden, was wir glauben:

Daß ein Gott alle Menschen schuf, und nur derjenige an ihn glauben darf, welcher die der fortschreitenden menschlichen Entwicklung entsprechenden Sittengesetze anerkennt und befolgt, welche ausklingen in allumfassender, werthätiger Nächstenliebe.

F. I. G.



Den Vereinsmitgliedern geht diese Zeitschrift unentgeltlich zu.

Abonnementspreis für Nicht-Vereinsmitglieder
pro Jahr: 3 Mk.

Preis der Einzelnummer: 30 Pf.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 3765.

(Durch gefällige Uebermittlung eines Heftes No. 2 vom Jahrgang 1896 und eines Heftes No. 10 vom Jahrgang 1897 würde die Redaktion in dankenswerther Weise in den Stand gesetzt werden, den Wunsch einer Bibliothek-Verwaltung, die von ihr gesammelten Jahrgänge zu vervollständigen, zu erfüllen.)

Redaktions-Bureau des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Berlin NW., Karl-Strasse 26 II

Für die Redaktion verantwortlich: Alphonse Levy, Berlin.